



Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Von der Streikbewegung	43	Schädigten. — Beschäftigung von Kriegsbeschädigten in den besetzten Gebieten	55
Statistik und Volkswirtschaft. Gewerkschaftliche Fragen zur Uebergangswirtschaft I. — Psychologische Berufsberatung	46	Arbeiterbewegung. Emil Döblin† — Aus den deutschen Gewerkschaften	55
Wirtschaftliche Rundschau	53	Kongresse. Eine Konferenz der Vertreter der Centralvorstände	57
Kriegsfürsorge. Zur Organisation der Kriegsbe-		Arbeiterversicherung. Der seemannische Beirat der See-Verufsgenossenschaft	57

Von der Streikbewegung.

Die Streikbewegung ist in den meisten Orten, mit Ausnahme von Berlin und Umgebung, schon nach wenigen Tagen zu Ende gegangen. Augenscheinlich lag der ganzen Bewegung ein fester Plan überhaupt nicht zugrunde. Gemeinsam war den voneinander meist unabhängigen Ausständen lediglich der Protestgedanke, der Entrüstung der Arbeiterschaft über den Verlauf der Wahlrechtsdebatten im preussischen Abgeordnetenhaus, über die Behandlung der Friedensfrage und über das Treiben der Deutschen Vaterlandspartei öffentlich Ausdruck zu geben. Selbst ein gemeinsamer Streiktermin ist nicht zu erkennen. Im Ruhrrevier wurde auf einigen Gruben schon in der vorletzten Januarwoche gestreikt. In Berlin begann ein verschwindend kleiner Teil der Arbeiterschaft am 28. Januar mit der Arbeitsniederlegung, ebenso in Kiel, Hamburg und Nürnberg. In anderen Städten setzte die Bewegung erst am 29. und 30. Januar ein, offenbar durch das Vorgehen von Berlin angeregt, wo der Ausstand auch erst durch die behördlichen Unterdrückungsmaßnahmen: Verbot der Versammlungen, des Arbeiterrates und der Streikleitung sowie des „Vorwärts“ — an Ausdehnung gewann. Wahrscheinlich war auch hier nur ein Demonstrationstreik von wenigen Tagen beabsichtigt gewesen. Daß es anders kam, ist Umständen geschuldet, mit denen man wohl hätte rechnen können, aber augenscheinlich recht wenig gerechnet hat. So kam es in Berlin bereits am ersten Tage zu Ausschreitungen und am zweiten Tage setzte jene behördliche Unterdrückungstaktik ein, die das Gegenteil bewirkte. Der Streik gegen die Zeitungsbetriebe ist offenbar erst als Antwort auf das Verbot des „Vorwärts“ ausgebrochen; ebenso sind die Versuche, den Straßenbahnverkehr zu hindern, auf das Konto der verschärften Taktik zu setzen. In manchen Städten sind dann noch nachträglich Sympathiestreiks eingetreten, die erst durch die Berliner Vorgänge erklärlich werden.

So wenig einheitlich wie der Beginn war auch der ganze Verlauf der Streikbewegung. In einigen Städten (Nürnberg, Fürth, Magdeburg) wurde der Streik als kurzfristiger Demonstrationstreik nach zwei bis drei Tagen als beendet erklärt. Man habe das Ziel erreicht, durch eine machtvolle

Demonstration der Öffentlichkeit Kenntnis von dem Friedenswillen der Arbeiterschaft, von ihrer Unzufriedenheit mit den Ernährungsverhältnissen und ihrem Verlangen nach politischen Reformen zu geben. In München und Dresden wurden Deputationen an die Regierungen geschickt und mit diesen über die Forderungen der Arbeiterschaft verhandelt. In Berlin wurde ein Rat der Arbeiterdelegierten und eine engere Streikleitung eingesetzt, die Verhandlungen mit der Reichsregierung herbeiführen wollte. In München empfing der bayerische Ministerpräsident v. Dandl die Vertreter der Streikenden, an deren Spitze sich sozialdemokratische Abgeordnete gestellt hatten, und verhandelte mit ihnen. In der Abgeordnetenkammer erstattete der Ministerpräsident den sozialdemokratischen Abgeordneten noch besonderen Dank mit den Worten: „Ich danke Ihnen, wenn Sie jetzt die Führung in die Hand nehmen. Ich hoffe, daß dadurch die Bewegung in ruhigere Bahnen gelenkt und der Ausstand baldmöglichst zu Ende gebracht wird.“ In Dresden, wo die sozialdemokratische Parteileitung und je ein Parteivertreter aus Leipzig, Chemnitz und Zwickau bei der Regierung vorstellig wurden, empfing der Minister des Innern zwar die Abordnung, lehnte aber jedes Entgegenkommen an die Ausständigen ab. In Köln wurde der Siebener-Ausschuß der Streikenden, dem der Parteisekretär und zwei Stadtverordnete angehörten, vom Oberbürgermeister und vom Regierungspräsidenten empfangen. Der Regierungspräsident teilte den Herren mit, daß er die Forderungen der Streikenden sofort dem Oberpräsidenten, Minister des Innern und Reichskanzler übermitteln werde. Darauf beschloßen die Streikenden in einer in Anwesenheit des Regierungspräsidenten abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung, die Arbeit wieder aufzunehmen. In Danzig wurden die Vertreter der streikenden Arbeiter vom Regierungspräsidenten und vom Festungskommandanten empfangen. Nach der stattgehabten Aussprache fand der Streik sein baldiges Ende.

In Berlin trug der Staatssekretär vom Reichsamt des Innern, Dr. Wallraf, Bedenken, mit Vertretern der Streikenden zu verhandeln und erklärte, nur mit Abgeordneten verhandeln zu können. Der Reichskanzler, Graf v. Hertling, erklärte sich bereit, mit Abgeordneten und Vertretern

wicklung der Dinge selbst die ruhigen deutschen Arbeiterführer außer Rand und Band bringen kann, erscheint nur allzu menschlich begreiflich.

Reifliche Erwägungen hätten sicherlich zu dem Schlusse geführt, daß den Friedensverhandlungen mit einem deutschen Waffenstreik wenig gedient sein kann. Auch der gegenwärtige Zeitpunkt, in dem ein Teil der Munitionsbetriebe sowieso wegen Kohlenmangels sich Feierlichkeiten auflegen muß, dürfte für gewerkschaftlich geschulte Leute als der ungeeignetste erscheinen sein, um eine solche Bewegung mit raschem Erfolg abzuschließen. Aber ernste Erwägungen haben wohl überhaupt nicht an der Wiege dieses Streiks gestanden, sondern lediglich die Erbitterung über das der Arbeiterklasse fortgesetzt widerfahrne Unrecht und der Gedanke, dieser Stimmung nach außen hin Ausdruck zu geben.

Angesichts des rein politischen Charakters der Streikbewegung hat es der sozialdemokratische Parteivorstand für zweckmäßig befunden, sich in der Leitung des Streiks durch 3 Abgeordnete vertreten zu lassen. Dieser Schritt ist vielfach in der Öffentlichkeit dahin gedeutet worden, als ob die Partei die Bewegung damit zu ihrer Aktion machen wolle. Das trifft sicherlich nicht im entferntesten zu. Vielmehr wurde der Parteivorstand zu seinem Schritte einzig durch das Verlangen zahlreicher Parteimitglieder gedrängt, die am Ausstande beteiligten Arbeitermassen nicht einzig der Leitung der Unabhängigen und Internationalen zu überlassen, sondern durch Mitberatung dafür zu sorgen, daß die Bewegung in geordneten Bahnen und zu einem vornünftigen Abschluß gelenkt wird. Man kann dem Parteivorstande für sein Eintreten nur Dank wissen, denn weder der Partei, noch der Landesverteidigung würde damit gedient sein, wenn der Ausgang der Bewegung ein anderer sein würde.

Es wäre nur um so dringender zu wünschen, daß auch von Seiten der Regierung alles getan würde, um die Arbeiterschaft zu beruhigen. Das kann natürlich nicht durch Versammlungsverbote, Zeitungsverbote und Schließung der Gewerkschaftshäuser geschehen, auch nicht durch die Weigerung des Staatssekretärs vom Reichsamt des Innern, eine Abordnung streikender Arbeiter zu empfangen und mit ihr zu verhandeln, sondern es bedarf aller Garantien, daß die Bewegung in gesetzlichen Bahnen verlaufen kann. Vor allem aber müssen die Ursachen der verbitterten Volksstimmung behoben werden. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird eine offizielle Kundgebung veröffentlicht, in der es heißt:

„Ein von Streikenden in Berlin gebildeter Ausschuß hat Forderungen aufgestellt, die sich u. a. auch mit innerpolitischen Fragen befassen. Soweit sich darin ein Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung ausdrückt, die von ihr zugesagten Reformen

im Innern durchzuführen, gehen sie von einer völlig falschen Voraussetzung aus.“

Wenn die Regierung die Gewähr bietet, daß das gleiche Wahlrecht trotz des Treibens der Wahlrechtsfeinde durchgesetzt werden soll, so würde dadurch der Beunruhigung schon erheblich geküert werden können. Auch eine bindende Verpflichtung auf die Herbeiführung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen würde in gleicher Richtung wirken. Endlich würden durchgreifende Maßnahmen in der Lebensmittelversorgung notwendig sein, um über die Nahrungsmittelversorgung hinwegzukommen.

Die Centralleitungen der christlichen Gewerkschaften, Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine und Polnischen Berufsvereinigungen haben öffentliche Erklärungen gegen die Streiks erlassen. Die Generalkommission hat erklärt, daß sie dem Streik fern stehe, ihm aber mit völliger Neutralität gegenüberstehe und mit keinerlei Beschlüssen zu demselben Stellung genommen habe.

Die Gewerkschaften müssen jede Verantwortung für den Ausbruch des Streiks wie für seine weitere Ausbreitung ablehnen, so sehr auch gewisse Kreise beklagen, ihnen eine solche Verantwortung zuzuschreiben. Daß die Gewerkschaften die Landesverteidigung nicht gefährden wollen, verbürgt ihr ganzes Verhalten seit Beginn dieses Krieges. Mögen jetzt diejenigen Kreise, die in Wirklichkeit die Verantwortung für die Zerstörung des inneren Friedens tragen, angesichts der Früchte ihres Tuns eintreten und das Gemeinschaftsinteresse des deutschen Volkes über ihre ehrgeizigen und herrschsüchtigen Bestrebungen stellen, und möge eine einsichtsvolle Reichsregierung dafür sorgen, daß dieses Gemeinschaftsinteresse des deutschen Volkes ausschließlich zur Geltung gelangt. Dann wird dieser erste deutsche Massenstreik in Deutschland auch der letzte bleiben. Wenn es anders kommen sollte, dann sehen wir trübe in die Zukunft!

Mitteilungen.

An unsere Leser!

Die Ausdehnung der Streikbewegung in Berlin hat auch die Druckereien in Mitleidenschaft gezogen. Auch die Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. ist von der völligen Stilllegung betroffen worden, wodurch das regelmäßige Erscheinen unseres Blattes in Frage gestellt ist. Wir teilen unseren Lesern hierdurch mit, daß wir uns während der Dauer dieser Stilllegung auf die Bekanntgabe wichtiger Nachrichten durch die Tagespresse begnügen müssen.

Die Redaktion des
„Correspondenzblattes“ der Generalkommission.

der Generalkommission zu verhandeln, wodurch die indirekte Möglichkeit geboten wurde, auch Vertreter der ausständigen Arbeiter zu den Verhandlungen zu entsenden. Sie als solche direkt zu empfangen, lehnte der Kanzler ab. In Berlin wurde auch den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht gedankt für ihr Eintreten in die Leitung der Bewegung, sondern die „Nordd. Allg. Ztg.“ brachte fast täglich scharfe Angriffe auf die sozialdemokratische Partei und deren Leitung, die durch ihre Beteiligung an der Streikleitung dem Streik als Aushängeschild gedient und ihn moralisch unterstützt hätte. Vergewaltigt man sich dazu die Verbote der Versammlungen, der Streikleitung und des „Vorwärts“, die Sperrung des Gewerkschaftshauses, die Verhängung des verschärften Kriegszustandes und die Militarisierung der Munitionsbetriebe, so kann der Kontrast zwischen der Reichshauptstadt und den übrigen Streikorten kaum schärfer hervortreten. Sollte der Zusammenhang zwischen der Behandlung der Ausstandsbewegung und ihrem äußeren Verlauf nicht für jeden, der nur sehen will, greifbar zutage liegen? In München durften die Ausständigen einen öffentlichen Demonstrationsumzug veranstalten; derselbe nahm einen ebenso ruhigen Verlauf wie die Versammlungen. In Berlin wurden keinerlei Demonstrationen gestattet, sondern behördlich unterdrückt. Gerade bei solchen Demonstrationen zügen kam es zu den bedauerlichen Zusammenstößen, bei denen auf Polizeibeamte geschossen wurde. Der Gedanke, die Gewerkschaftshäuser zu schließen und damit den Verkehr der Arbeiterschaft mit ihren Organisationen zu unterbinden, war nirgends anders als in Berlin und Charlottenburg in den Sinn und zur Ausführung gekommen. Dieser Eingriff barg allein schon eine so erhebliche Aufreizungsgefahr in sich, daß die Gewerkschaftsleitungen sofort dagegen Protest erhoben, und seine Veröffentlichung in der Tagespresse war geeignet, Deutschland vor dem gesamten Ausland auf schwerste zu diskreditieren.

Warum konnte man in Berlin nicht wie andersorts den Weg zu einem Verständigungsfrieden mit der Arbeiterschaft finden, den Deutschland doch selbst seinen Feinden gewähren will? Warum mußte hier mit allen Mitteln behördlicher Unterdrückung auf einen Frieden der Gewalt und Unterwerfung hingewirkt werden, nach Methoden, die vor 1914 gang und gäbe waren, verschärft durch die Machtmittel des Kriegszustandes?

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt: „Regierung und Militärverwaltung sind von ihrem Standpunkt nicht um Haarsbreite abgewichen, daß an ein Verhandeln mit den Streikenden nicht zu denken sei, da es die Anerkennung eines Zustandes bedeutet, der verbrecherisch in seinem Ursprünge und verderblich in seinen Folgen ist.“ Dieser Standpunkt, der ein Gemisch von Formalismus, Bürokratie und Herrentum darstellt, eignet sich wenig für eine Regierung, die sich Volksbewegungen gegenüber vorurteilsfreier verhalten sollte. Auch bekundet sich in dieser Einschätzung des Ursprunges und der Folgen des Streiks eine gute Portion Uebertreibung, denn schließlich ist ein Versagen der Arbeiterschaft nicht verbrecherischer, als wenn das Unternehmertum der heimischen Erzeugung Schwierigkeiten macht, wie es doch schon wiederholt im Bergbau und in der Landwirtschaft geschehen ist, und die Folgen eines mehrtägigen Streiks sind für das Reich nicht verderblicher als die weit umfangreicheren Produktionsstörungen wegen Kohlenmangels. Wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ weiter behauptet: „Es ist aber doch ein erheblicher Unterschied darin, ob eine lokale Behörde durch Ver-

handlungen sich bestrebt, einem lokalen Streik ein Ende zu machen oder ob der „Obersten Reichsbehörde“ zugemutet wird, mit einer lokalen Streikgruppe über politische Lebensfragen des ganzen Volkes zu verhandeln. In diesem Punkte werden Zugeständnisse nicht gemacht.“ — so stellt sie damit den lokalen Behörden ein Zeugnis von Weitsichtigkeit aus, die eigentlich die oberste Reichsbehörde vor jenen voraus haben sollte. Glücklicherweise entsprechen diese Grundsätze, die das offiziöse Organ produziert, nicht der Haltung der obersten Reichsbehörde, besonders nicht der des Reichskanzlers.

Weiter wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“ in der unverschämtesten Weise mit dem Erlaß eines Zwangsarbeitsgesetzes zum Zwecke der Sicherung der Munitionsherstellung gedroht. Das Blatt schreibt gegenüber dem Verlangen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach sofortiger Einberufung des Reichstags, das vom Reichstagspräsidium nach Anhörung der Parteien abgelehnt worden ist:

„Der § 9b des Belagerungszustandsgesetzes ist im Volke nicht beliebt, aber man preist es als eine Wohltat, daß die stellvertretenden Generale ihn benutzen konnten, um die Wirkungen eines mißbrauchten politischen Rechts aufzuheben und den Dienst in den Rüstungsbetrieben zum Heeresdienst zu machen und die Munitionsarbeiter ebenso als Vaterlandsverteidiger zur Verfügung zu haben wie die Männer an der Front. Erst im vierten Kriegsjahre sind wir dadurch, daß sich unsere Arbeiter zum Teil von ihrer bisher treu geleisteten Pflicht abbringen ließen, zu diesem Schritt gekommen, zu dem sich England, das Land der Freiheit, schon im ersten Jahre des Krieges entschließen mußte. Kurz nach Kriegsbeginn streikten die Arbeiter in den Londoner, in den Maschinensfabriken am Clyde und anderswo. Auch bei ihnen verfielen die Mahnungen der Regierung nicht. Die Regierung brachte deshalb ihr Munitionsgesetz ein, das alle Arbeiter und alle Fabriken unter Staatsaufsicht stellte. Damit sollte die Beschaffung von großen Munitionsvorräten gesichert werden, deren angebliches Fehlen den Sieg über die Deutschen bisher versäumt habe. Das Unterhaus nahm damals das Gesetz gleich in allen drei Lesungen an; daß auch der Deutsche Reichstag nach den Erfahrungen dieser Woche für eine derartige Maßregel Verständnis aufbrächte, sollte auch den Parteien nicht verborgen sein, die jetzt dringend danach verlangen, daß das Parlament zusammentritt.“ Wenn der Reichstag wirklich so schnell bereit wäre, ein solches Munitionsgesetz zu apportieren, so wäre doch wohl die Sorge des Regierungsorgans vor dem schleunigen Zusammentritt des Reichstags unbegründet. Mit einem solchen Gesetz würde überdies der Landesverteidigung schwerlich ein guter Dienst erwiesen, noch dazu im vierten Kriegsjahr und unter den Wirkungen der allgemeinen Friedenssehnsucht. Die englischen Arbeiter bekämpften die Munitionsherstellung, weil dabei ihre Gewerkschaftserrungen mißachtet wurden, nicht aber aus Kriegsmüdigkeit.

Mit derlei Drohungen wird die Unruhe, die in der Arbeiterschaft heute herrscht, nicht beseitigt und noch weniger die Arbeitsfreudigkeit gehoben. Die Reichsregierung täte wahrlich klüger, wenn sie die Dinge nähme, wie sie nun schon einmal sich entwickelt haben. Ein Teil der Arbeiterschaft ist durch Ueberarbeit und schlechte Ernährungsverhältnisse, durch Mangel an Licht und Heizung, durch Bewucherung und durch die Erfahrung, daß die Wohlhabenden sich keine Einschränkungen aufzuerlegen brauchen, erbittert, durch die unverschämte, Kriegs-

verlängernde Agitation der Vaterlandspartei schwer gereizt, durch die Verschleppung der Wahlrechtsreform herausgefordert und durch das zweideutige Verhalten der Regierung in der Friedensfrage beunruhigt und macht sich nach dem Beispiel der österreichischen Kameraden in Ausständen Luft. Die Ausstände fallen in eine Zeitteilweiser Betriebsruhe, in der die Regierung die feiernden Arbeiter entschädigen muß; um so weniger brauchte sie daher einen mehrtägigen Streik einiger hunderttausend Leute tragisch zu nehmen, zumal auch die Gefechtsfähigkeit gegenwärtig stark herabgesetzt ist. Von einer Frontgefährdung kann also gar keine Rede sein. Da gebot es die Klugheit, die Arbeiterschaft ruhig anzuhören, ihre Beschwerden zu untersuchen, ihren Forderungen Prüfung zuzusichern und ihre Zweifel durch bündige Erklärungen zu widerlegen. So hat die österreichische Regierung gehandelt, so auch die ungarische, und beide sind gut dabei gefahren. Die Streiks waren binnen wenigen Tagen ohne Nachwehen beendet.

Können wir also der Reichsregierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie, besonders durch die formalistische Haltung des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, nicht alles tat, um den Streik schnell und in einer Weise beizulegen, die möglichst wenig Erbitterung zurückließ, so trifft der gleiche Vorwurf die Streikführer im Lager der „unabhängigen“ Sozialisten doppelt hart, die auch die Verhandlung auf der vom Reichskanzler gewünschten Grundlage hintertrieben. Der Reichskanzler hatte, wie schon erwähnt, die Hinzuziehung der Generalkommission der Gewerkschaften zu den Verhandlungen vorgeschlagen, um dadurch die Teilnahme streikender Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsmitglieder zu ermöglichen. Die Generalkommission konnte natürlich mit ihrer Vertretung betrauen, wen sie wollte, und der vom Staatssekretär des Innern in Anlehnung an frühere Präzedenzfälle eingenommene Standpunkt wäre dadurch umschifft worden. Die Generalkommission selbst hatte, obgleich sie dem Streik nicht nur fernstand, sondern auch neutral zu bleiben entschlossen war, ihre Bereitschaft erklärt, den vom Reichskanzler vorgeschlagenen Weg zur Verständigung zu betreten, weil sie der friedlichen Beilegung des Streiks nicht hinderlich sein wollte. Der sozialdemokratische Parteivorstand stimmte ebenfalls dem Vorschlage zu, der aber von den „unabhängigen“ rundweg abgelehnt wurde. Sie nahmen das Odium auf sich, den politischen Ausstand der Berliner Arbeiter zu einer völligen Niederlage zu führen, indem sie sich weigerten, mit den Vertretern der Gewerkschaften zusammen zu verhandeln. Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt muß diese Haltung der Unabhängigen aufs schärfste zurückgewiesen werden. Ihr liegt das gleiche Prinzip zugrunde, das die schwerindustriellen Scharfmacher bei Arbeitsbeeinstellungen zu verfechten pflegen, die zwar mit „ihren“ streikenden Arbeitern verhandeln, die „Einnischung“ eines Dritten, der Gewerkschaft nämlich, in „ihre“ Angelegenheiten ablehnen. Die Reichsregierung erkannte die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter als verhandlungsfähig an, weil sie in der Tat eine Vertretung der Arbeiterklasse darstellt, die „unabhängigen“ Drahtzieher in Berlin wiesen auch diesen Weg der Verständigung zurück und ließen die Arbeiter lieber mit dem Gefühl der Besiegten in die Betriebe zurückkehren, als daß auf dem Verhandlungswege mit den Gewerkschaften gemeinsam ein möglicher Ausgleich gesucht wurde.

Zu dieser Ablehnung fehlte den Unabhängigen jegliche Legitimation. Versammlungen der Streikenden konnten nicht stattfinden, und ebenso wenig konnten ihre Vertrauensleute aus den Betrieben eine Sitzung zwecks Stellungnahme zu dem Vorschlage der Regierung abhalten, nachdem der Oberkommandierende in den Marken das Versammlungsrecht auf Grund des Belagerungszustandes aufgehoben hatte. Aber die Unabhängigen hatten bereits am Montag, den 28. Januar, in der Versammlung der Vertrauensleute eine vollständige Niederlage erlitten, als sie die Hinzuziehung des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu hinterreiben versuchten. Herr Ledebour fand unter 400 Vertrauensleuten nur etwa 35 Getreue, die ihm als „Streikführer“ ihr ausschließliches Vertrauen und der sozialdemokratischen Partei ihr Mißtrauen aussprachen. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß die Vertrauensleute genau so entschieden haben würden, hätte ihnen am Freitag, den 1. Februar, die Frage vorgelegt werden können, ob Verhandlungen mit der Regierung unter Hinzuziehung der Generalkommission geführt werden, oder durch Ablehnung der Generalkommission als Verhandlungspartei unmöglich gemacht werden sollten. Unter den Vertrauensleuten befanden sich zweifellos zahlreiche gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die aus ihren gewerkschaftlichen Streikerfahrungen heraus über die Möglichkeiten eines Streiks und seiner Beilegung zu urteilen vermochten und die daher genau wußten, daß eine restlose Bewilligung der Arbeiterforderungen nie in Frage kommen konnte. Das ist bei einem gewerkschaftlichen Streik schon der Fall. Einen Sieg der Streikenden bei diesem politischen Demonstrationsstreik vorauszusetzen, konnte nur, wer entweder mit politischer Blindheit geschlagen war, oder wer den Streikenden in gewissenlosester Weise Trugbilder vorgaukeln wollte, um seine eigenen Parteipüppchen an dem entstehenden Feuer zu wärmen. Die deutsche Staatsgewalt nach bolschewistischem Vorbild durch Streiks zertrümmern oder auch nur in die Hand der unabhängigen Drahtzieher bringen zu wollen, wäre ein so wahnwitziges Unternehmen, daß gewerkschaftlich und politisch geschulte Arbeiter dafür nie zu gewinnen gewesen wären. Es konnte sich also bei dem Streik lediglich um eine Demonstration handeln, die abzubrechen war, sobald ihr Zweck erreicht war. Diejem Abbruch standen die Maßnahmen der Behörden im Wege, insbesondere die Aufhebung des Versammlungsrechts. Die mit der Regierung zu führenden Verhandlungen konnten nur den Zweck haben, ihr die Forderungen der Arbeitermassen vorzutragen und von ihr die Zusage der möglichsten Berücksichtigung dieser Wünsche, insbesondere auch die Wiederherstellung des Versammlungsrechts zu erlangen. Das wäre durch die Verhandlungen zu erreichen gewesen und die Arbeiter hätten erhobenen Hauptes nach wenigen Streiktage zu ihrer Arbeit in Fabrik und Werkstatt zurückkehren können, womit sowohl der Arbeiterklasse als der Landesverteidigung am meisten gedient gewesen wäre. Die Unabhängigen haben durch ihr Verhalten einen solchen Ausgang der Streikbewegung in Berlin verhindert, sie haben die Politik der schlimmsten Arbeiterfeinde gefördert und die Arbeiterinteressen schmähslich preisgegeben. Die Folge ihrer Sabotierung der vom Reichskanzler ermöglichten Verhandlungen ist die sofortige Militarisierung einer Anzahl Großbetriebe mit dem damit zusammenhängenden Verlust wichtiger Arbeiterrechte und die Einziehung zahlreicher Arbeiter zu den Fahnen und die triminelle Verfolgung einer nicht geringen Zahl von

Arbeitern, die sich in die Maschen der Kriegsgeetze verstrickten. An Stelle eines geordneten Abbruchs des Streiks, nachdem er den einzig möglichen Zweck einer Demonstration erreicht hatte, verdanken die Berliner Arbeiter den Unabhängigen eine politische und wirtschaftliche Niederlage, wie sie schlimmer in Berlin nie zu verzeichnen war. Denn nur sie allein haben es verschuldet, daß die Verhandlungen mit der Regierung unter Hinzuziehung der Gewerkschaften und gewerkschaftlich organisierter Streikender unmöglich gemacht wurden. Parteivorstand sowohl als die Generalkommission waren beide bereit, die Verhandlungen zu ermöglichen, die Unabhängigen aber schützten einen formalistischen Vorwand vor, um die Einmütigkeit der Arbeiter zu zertrümmern. Von ihrem engherzigen Parteistandpunkt aus fürchteten sie, daß aus den Verhandlungen unter Anteilnahme der Generalkommission ein Ergebnis hätte herausgeholt werden können, das ihrer Arbeiterzersplitterung in Berlin einen Niegel vorgeschoben hätte. Und nur deshalb lehnten sie den Weg ab, der die Arbeiter vor der nun eingetretenen Niederlage mit der darauf notwendig folgenden, in jeder Beziehung schädlichen Verbitterung bewahrt hätte.

Das entspricht allerdings ihrer sonstigen Haltung während des Streiks vollauf. Die Arbeiterverhöhnung des Herrn Ledebour in der Streikversammlung der Vertrauensleute am Montag erwähnten wir bereits. Er erhielt darauf die passende Antwort sofort. Aber die Verhöhnung wurde um so nachhaltiger draußen fortgesetzt, wo ihr niemand widersprechen konnte. In anonymen Flugblättern, die in die Arbeitermassen geworfen wurden, leisteten die Herrschaften sich das Unglaubliche an Beschimpfung der auf einem anderen Boden stehenden Partei und der Gewerkschaftsführer. Einem solchen Flugblatt entnehmen wir folgenden Erguß:

„Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und alle „Durchhalter“ unter keinen Umständen in die Vertretung gewählt werden. Hinaus mit den Burschen aus den Arbeiterversammlungen. Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese Todfeinde des Massenstreiks, haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen.“

Das war die Tätigkeit der Unabhängigen in der Stunde, wo die Arbeiter Berlins der Einigkeit und Geschlossenheit bedurften, sollten sie irgendein positives Ergebnis aus ihrer Aktion herausholen können. Aber die Unabhängigen wollten diese Einigkeit nicht, ihr Ziel ist die Zersplitterung der Arbeiter und diesem Ziele paßten sie auch ihre Haltung während der Streiktage an. Die Gewerkschaftsführer waren sich nie im Zweifel über die Absichten der Unabhängigen. Die Generalkommission ihrerseits hat sich jeglicher Polemik gegen die Herrschaften enthalten, es war nicht ihre Sache, in diesem Zustand einzugreifen, der ohne eine Befragung der Gewerkschaften von Leuten inszeniert wurde, die mit geheimen Flugblättern arbeiten und andersdenkende Arbeiter und Arbeiterführer beschimpfen, wo sie sich nicht verteidigen können und wo die Einigkeit der Arbeiter eine dringende Notwendigkeit war. Die Stimmung der Arbeitermassen, die dem Ausstand den Nährboden gab, war uns nicht nur bekannt, sondern auch in vollem Maße verständlich, und wir haben an dieser und anderen Stellen unsere warnende Stimme lange vorher erhoben. Als der Streik ausbrach, haben wir uns des Eingreifens enthalten,

das auch von niemand erbeten wurde. Der Parteivorstand wurde von den Streikenden gerufen und folgte dem ihm übermittelten Wunsche. Höher als der Parteivorstand stand ihm die Sache der Arbeiter. Er erhob nicht den Einwand, daß man ihn vorher nicht befragt hatte, sondern er hielt der Arbeiterschaft die Treue, die sie von ihm begehrte. Die Unabhängigen allein betrieben auch in jenen ernstesten Tagen die Arbeiterzersplitterung, und ihre Verhinderung der Verhandlungen auf der vom Reichsanzler ermöglichten Grundlage diente dem gleichen Zwecke.

Diese Arbeiterzersplitterung ist Arbeiterverrat. Das Urteil darüber wird die deutsche Arbeiterklasse mit seltener Einmütigkeit sprechen, daran zweifeln wir nicht. Die beste Antwort ist die Stärkung der Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Disziplin, der Kampf gegen die syndikalistischen Tendenzen, die sich unter der Hege gegen die Gewerkschaftsführer verbergen. Schon tobt die ganze arbeitserfindliche Presse vor Vergnügen über die Zersetzung der Arbeiter durch die Unabhängigen. Sie wittert Morgenluft. Aber die deutsche Arbeiterklasse wird an der einen Niederlage in Berlin genug haben und durch die Fernhaltung der anarcho-syndikalistischen Tendenzen von ihren Gewerkschaften ihre Widerstandskraft im wirtschaftlichen Kampfe sichern und stärken. Das ist die wichtigste aus den Berliner Vorgängen zu ziehende Lehre.

Statistik und Volkswirtschaft.

Gewerkschaftliche Fragen zur Ubergangswirtschaft.

I.

Um zu ermessen, welche Aufgaben uns die Ubergangswirtschaft, d. h. die Rückführung unseres Wirtschaftslebens auf den Friedensfuß stellt, müssen wir einen Blick auf die tiefeinschneidenden Veränderungen werfen, denen unsere Volkswirtschaft während des Krieges ausgesetzt war. Deutschland war vor dem Kriege in überwiegender Maße ein Industriestaat, dessen Bevölkerung zu 60 Proz. in Industrie, Gewerbe und Handel und nur zu 40 Proz. in der Landwirtschaft ihren Erwerb fand und der sowohl infolge seiner klimatischen Verhältnisse als auch infolge der Verteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie außerstande war, sich im eigenen Lande ausreichend mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu versorgen und deshalb auf deren Einfuhr vom Auslande angewiesen war. Um diese Einfuhr bezahlen zu können, mußten Landesprodukte ausgeführt werden; als solche kamen vorwiegend Kohlen, Kalisalze und Industrieerzeugnisse in Betracht. Trotz der enorm gesteigerten Ausfuhr in diesen Dingen überwog die Einfuhr noch im Jahre 1918 die Ausfuhr an Wert noch um 763 Millionen Mark und 1912 auch an Menge noch um 777,3 Millionen Tonnen. Dieser Mehreinfuhrwert mußte dem Ausland natürlich in Geld oder Geldeswert bezahlt werden. Untersuchen wir die Einfuhrziffern näher, so gewahren wir, daß 5261 Millionen Mark auf Rohstoffe und 3063 Mill. Mark auf Nahrungs- und Genussmittel, dagegen nur 1246 Mill. Mark auf Halbfertige und 1793 Mill. Mark auf fertige Waren entfielen. Von der deutschen Ausfuhr kamen dagegen 6642 Millionen Mark auf fertige Waren, 1169 Mill. Mark auf Halbfertige, 1719 Mill. Mark auf

Rohstoffe und 1362 Mill. Mk. auf Lebensmittel. Der Einfuhrüberschuß betrug also bei Rohstoffen 3542 Mill. Mk., bei Lebensmitteln 1701 Mill. Mk., während die fertigen Waren einen Ausfuhrüberschuß von 4250 Mk. ergaben. Diese Zahlen zeichnen das Bild eines Industriestaates, der Rohstoffe und Lebensmittel einkaufen und daher Industrieerzeugnisse auf dem Weltmarkt verkaufen muß. — Betrachten wir weiter die Rohstoffzufuhr im einzelnen, so kommt die Textilindustrie mit 607 Mill. Mk. Baumwolle, 412 Mill. Mk. Wolle, 158 Mill. Mk. Seide, 94 Mill. Mk. Jute, 57 Mill. Mk. Flachs und 35 Mill. Mk. Hanf zuerst in Frage. Das sind allein über 1½ Milliarden Mark für Textilrohstoffe. Dann brauchte unsere Metall- und Elektroindustrie für 335 Mill. Mark Kupfer, unsere Hüttenindustrie für 227 Mill. Mk. Eisenerze, unsere Holzindustrie für 347 Mill. Mk. fremde Hölzer, unsere Lederindustrie für 321 Mill. Mark Häute. Die Gummieinfuhr betrug 146 Millionen Mark, die Holzstoffzufuhr 39 Mill. Mark. Trotz unserer hohen Kohlenzeugung wurden noch für 204 Mill. Mk. fremde Steinkohlen, meist aus England, eingeführt. Man ersieht daraus, daß unsere bedeutendsten Industrien in so hohem Maße auf fremde Rohstoffzufuhr angewiesen waren, daß sie ohne dieselbe nach dem Kriege niemals wieder ihre alte Höhe erreichen könnten.

Noch schlimmer sieht es mit den Lebensmitteln aus. Es gibt Schwärmer, welche behaupten, daß Deutschland sich in der Lebensmittelversorgung unabhängig vom Ausland machen könne. Das trifft indes kaum für das Brotgetreide zu, noch weniger für Fleisch, Milch und Butter und am wenigsten für die tropischen Nahrungsmittel und Genussmittel. An Brotgetreide betrug die Mehreinfuhr 1913 bei einer Inlandsproduktion von 12,9 Millionen Tonnen etwa 1 Million Tonnen. Von 1893 bis 1913 konnte bei einer Bevölkerungszunahme von 31,4 Proz. die Erzeugung von Brotgetreide um 34,5 Proz. gesteigert werden. Hier wäre die Möglichkeit der Selbstversorgung gegeben, allerdings unter der Voraussetzung des Uebergangs vom Weizen zum Roggen- oder Mischbrot. Unsere Fleischproduktion stieg im gleichen Zeitraum um 77 Proz., hauptsächlich durch Steigerung des Schlachtgewichts. Dagegen ist unsere Futtermittelproduktion weit dahinter zurückgeblieben, so daß wir Futtermittel und Kraftfuttermittel in großen Mengen einführen mußten. (1913 für 118 Mill. Mark.) Im Jahresdurchschnitt von 1912 und 1913 betrug der Einfuhrüberschuß an beiden 9 Millionen Tonnen, wovon 16 Mill. Schweine oder 4½ Millionen Stück Rindvieh erhalten werden können. Von der Einfuhr der Kraftfuttermittel ist unsere vielfach der Weidewirtschaft entbehrende Milchproduktion und von dieser wiederum die Erzeugung von Butter und Käse abhängig. Trotz dieser Futtermittelfuhr bedurften wir noch für 118 Mill. Mk. Butter, meist aus Sibirien, und für 188 Mill. Mk. Eier, meist aus Rußland. Schließlich kommen noch die tropischen Nahrungsmittel und Genussmittel in Frage, die unser Boden gar nicht oder nicht entfernt in gleicher Güte liefern könnte: Reis mit 108 Mill. Mk., Kaffee mit 219 Mill. Mk., Kakao mit 67 Mill. Mk., Tee mit 8 Mill. Mk. und Tabak mit 134 Mill. Mk. Man ersieht daraus, daß der Gedanke, uns in Zukunft lediglich mit heimischen Lebensmitteln zu versorgen, unver-

träglich mit unserer industriellen und kulturellen Entwicklung ist. Wie wir der ausländischen Rohstoffe für unsere Industrie, die hauptsächlich Veredelungsindustrie ist, bedürfen, so bedürfen wir auch der Nahrungsmittelzufuhr für unsere wachsende Bevölkerung. Würde Deutschland ein autonomer Wirtschaftsstaat werden, mit dem Ziele der völligen Isolierung vom Ausland und der Selbstgenügsamkeit, so würden wir an Industrie und Bevölkerungszahl erheblich zurückkommen, von anderen Ländern überflügelt und nicht nur aus der Reihe der Großstaaten, sondern auch aus der der selbständigen Staaten ausgemerzt werden.

Aus den angeführten Zahlen ergeben sich für Deutschland vor dem Kriege so ausgedehnte Weltmarktszusammenhänge ziemlich komplizierter Natur, daß sich die ungeheure Krise begreift, die der Eintritt des Weltkriegs verursachen mußte. Wurden doch drei Viertel unseres Ueberlandverkehrs und fast unsere gesamten überseeischen Beziehungen im Nu unterbrochen, so daß unsere Rohstoff- und Lebensmittelfuhr ebenso rasch wie unsere Warenausfuhr abgebrochen wurde. Vom Rohstoffmangel wurden unsere bedeutendsten Industrien betroffen, von der Unterbindung des Exports vor allem unsere hochwertigen Fertigwaren- und Luxusindustrien. An diesen durch Unterbindung der Ein- und Ausfuhr geschädigten Gewerbegruppen hingen Milliardenwerte von Kapitalien und Millionen von Arbeitern und Angestellten mit ihren Familien, die der Arbeitslosigkeit überliefert wurden. Im Juli 1914 betrug die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden 2,7 Proz., im August stieg sie infolge des Kriegsausbruchs unmittelbar auf 22,7 Proz. Auf 11½ Millionen Arbeiter und Angestellte in Industrie, Handel und Verkehr nach der letzten Berufszählung umgerechnet, ergibt dies eine Zahl von 2½ Millionen Beschäftigungslosen und mit ihren Familien etwa 9 bis 10 Millionen.

So katastrophal diese Kriegswirkungen auf unsere Volkswirtschaft sich äußerten, so treten sie doch weit zurück hinter die tief einschneidenden Umgestaltungen, die die Kriegswirtschaft im Gefolge hatte. Der Begriff Kriegswirtschaft ist aus früheren Kriegen unbekannt. Wohl kannten wir das Kriegslieferantentum, das sich in allen modernen Kriegen zu bereichern verstand und auch bei uns im gegenwärtigen Weltkrieg sich in den ersten Monaten rasch einnistete. Aber noch nie war die gesamte Volkswirtschaft in so umfassendem Maße in den Dienst der Kriegsvorsorgung gestellt worden wie in diesem Kriege. Freilich war unser Land auch noch nie so gründlich vom Ausland abgeschlossen gewesen und hatte auch noch nie ein so enormes Kräfteaufgebot beivolligen müssen als in diesem Kampfe gegen einen Ring übermächtiger Gegner. Wir wissen aus der Geschichte belagerter Städte, daß alle Einwohner zum Waffenschmieden, Befestigungsarbeiten und sonstigen Verteidigungsarbeiten herangezogen wurden. Deutschlands Stellung in diesem Kriege unterscheidet sich wenig von diesen Beispielen, nur daß alles ins Gigantische übertragen wurde. Alles das hat sich aber erst während des Krieges eingestellt. Es ist charakteristisch, wie fremd unsere Kriegsverwaltung vor dem Kriege dem Wirtschaftsleben gegenüberstand. Während die Mobilisierungspläne schon lange vorher, bis ins Kleinste geregelt, fix und fertig waren, hatte keiner der leitenden Militärs daran gedacht,

wie die Beschaffung des Heeres- und Flottenbedarfs in einem länger währenden Kriege bei der Absperzung der Einfuhr durchzuführen sei, obwohl es unsicher an Kupfer, Salpeter, Schwefel, Leder, Textilstoffen, Holz und anderem fehlen mußte. Ein wirtschaftlicher Mobilisationsplan war nicht vorhanden. Erst mit Hilfe von zivilen Organisatoren der Industrie wurde die Zwangsbewirtschaftung der Rohstoffe eingeführt, die Kriegsrohstoffabteilung und die kriegswirtschaftlichen Gesellschaften und Verteilungsämter aufgebaut, die Fabriken auf die Erzeugung für Heeresbedarf umgestellt und so allmählich die Kriegswirtschaft eingerichtet, deren Leistungen einer Welt von Gegnern überlegen waren. Wo sich Mangel an Rohstoffen zeigte, wurde für Ersatz durch Beschlagnahme von Altmaterial und Herstellung von Ersatzmitteln gesorgt. Erfindungen, die zu den Großtaten des Menschengeschlechtes zu zählen sind, wurden in den Dienst der Landesverteidigung gestellt, wie die des Luftsalpeters, der Papierwebstoffe und der Sprengstoffherzeugung aus Zuder. Der Bedarf der Zivilbevölkerung wurde stark eingeschränkt, um Metalle, Leder und Textilstoffe für das Heer freizubekommen.

Auf den Arbeitsmarkt wirkten die Einberufungen zum Heeresdienst wie die Anforderungen der Kriegsindustrie derart entlastend, daß die Arbeitslosigkeit schon Ende 1914 auf ein Drittel der Augusthöhe (7,2 Proz.) gesunken war und im Sommer 1915 der normale Friedensstand wieder erreicht war. Aber schon fehlte es stark an männlichen Facharbeitern, während an Arbeiterinnen noch ein Ueberangebot vorhanden war, und je länger und weiter sich der Krieg ausdehnte, desto mehr stritten sich Heeresbedarf und Industriebedarf um die völlig unzulänglichen Reserven. Da der kolossal gesteigerte Munitionsbedarf auch weiterer Industriestellung von Betriebsstätten bedurfte, so wurde der Hilfsdienst eingeführt mit dem Ziele des Abbaues der Friedenswirtschaft und der Mobilmachung von Betrieben, Angestellten und Arbeitern für die Zwecke der Heeresversorgung. Was nun eintrat, läßt alle früheren Kriegswirkungen verblaffen. Ganze Gewerbezweige und Industrien wurden stillgelegt und Betriebe und Personal für den Hilfsdienst requiriert. Die Umschaltung vollzog sich meist in der Form der Zusammenlegung vieler Betriebe zu wenigen, teils zu Zwangshyndikaten, teils in mehr oder weniger freierer Form, mit der Bestimmung, die eingestellten Betriebe aus den Erträgen der übrigbleibenden zu entschädigen. So sind Textil-, Leder- und Schuhfabriken, Bekleidungsindustrie, Margarine- und Seifenindustrie, Brauereien, Wätereien und andere Betriebe stillgelegt worden. Was der Hilfsdienst einleitete, half der Kohlenmangel später vollenden. Ein Konzentrationsprozeß ohnegleichen, eine Aufsaugung Hunderte und Tausender von Mittel- und Kleinbetrieben zugunsten einiger Großen, eine Entwicklung zum Monopolbetrieb hat seit Jahresfrist Platz gegriffen, über die es an zuverlässigem Zahlenmaterial fehlt, die aber völlig neue Verhältnisse geschaffen hat. Dazu kommt, daß die Munitions- und Kriegsbedarfsbetriebe sich gigantisch ausgewachsen haben. Unternehmungen, die vor dem Kriege wenige Hunderte von Arbeitern beschäftigten, zählen jetzt deren Tausende, und in kleinen Landorten, wo es früher niemals Industrie gab, sind gleichsam über Nacht Riesebetriebe mit Zehntausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen entstanden.

Diese Kriegswirtschaft hat völlig neue Lohn- und Beschäftigungsverhältnisse und in Verbindung mit dem Hilfsdienst neue Methoden der Arbeiterinteressenvertretung zur Geltung gebracht. Die Frau ist in Verrufe und an Arbeitsplätze gekommen, woran früher Gesetz und Sitte sie hinderten und hat sich in mehrjähriger Arbeit derart eingeschult, daß sie vielfach mit der männlichen Arbeitskraft in Wettbewerb treten kann. Die Löhne der Facharbeiter der Kriegsbranchen stiegen so rasch, daß die alten Friedenslöhne nicht mehr in Einklang zu bringen waren. Andererseits stiegen auch die Lebensmittelpreise zu solcher Höhe, daß Teuerungszulagen wiederholt erkämpft werden mußten. Der Hilfsdienst führte zu einer Beschränkung der Freizügigkeit der davon betroffenen Arbeiter, wie sie vordem schon den reklamierten Arbeitskräften gegenüber angewendet worden war. Die Arbeiterschaft errang sich dafür weitgehende Sicherungen durch obligatorische Arbeitertauschüsse in den Hilfsdienstbetrieben, Schlichtungsausschüsse und Einigungsämter und das Recht, den Ablehnschein zu verlangen, sobald in einem anderen Betriebe eine Verbesserung der Lage zu erwarten ist. In der Tat hat die gewerkschaftliche Organisation seit der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes einen Wiederaufschwung erfahren, während das Unternehmertum, mit den Wirkungen dieses Gesetzes unzufrieden, wiederholt seine Aufhebung forderte.

Die Umwälzungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung seien hier nur in aller Kürze angedeutet. Die Unterbrechung des überseeischen Verkehrs zwang die Reichsregierung zur Beschränkung der Ausfuhr von Lebensmitteln und zur Festsetzung von Beschlagnahmen und Einfuhrung von Höchstpreisen. Auf diesem nahrungsmittelpolizeilichen Untergrund erhob sich später eine mehr eifertig und mannigfaltig als übersichtlich und wirksam aufgebaute Organisation von land- und staatsbehördlichen Erfassungs- und Verteilungsstellen, die mit einer wahren Hochflut der widersprechendsten Verordnungen, Erlässen, Bekanntmachungen, Verfügungen, Ausführungsbestimmungen, Erläuterungen und sonstigen Anweisungen sowie Strafvorschriften aneinander vorbeischiebten. Auf diese Weise sind die meisten der wichtigeren Lebensmittel in die öffentliche Bewirtschaftung übernommen: das Brot- und Futtermittel, Brot und Mehl, Kartoffeln, Fleisch, Fette, Milch, Käse, Eier, Zuder, Kaffee, Tee und Kakao, Brotauffrische, Nahrungsmittel, Bier und vieles andere. Der Verlauf der Maßnahmen wiederholte sich mit größter Regelmäßigkeit: Aufkäufe und Preistreiberien wurden mit Höchstpreisen beantwortet, worauf die Ware im Ru vom Markt verschwand und nur als Auslandsware außer Höchstpreis oder in veränderter Form von Konserven, Dosen und Verfälschungen oder im Schleichhandel mit hohen Aufschlägen zu haben war. Dann folgten Beschlagnahme, Gründung einer Kriegsgesellschaft für die geschäftliche Verwaltung und einer Reichsstelle für die amtliche Verteilung, die gewöhnlich nicht viel zu verteilen hatten. Dann begann die Hejlag der Hamsterer, die mit der Rationierung durch Karten, und die Kolonnen, die durch Rationierung und Rundenlisten bekämpft wurden. Um die Einfuhr aus dem neutralen Ausland zu heben, auf deren Märkten sich die Aufkäufer von Reich, Staat und Gemeinden mit denen der Bundesgenossen, als denen der Feinde, die Preise gegen-

seitig in die Höhe trieben, wurde die Central-einkaufsgesellschaft aus öffentlichen und Industriemitteln gegründet und mit dem Einfuhrmonopol ausgestattet. Der private Handel wurde eingeschränkt und teilweise völlig ausgeschaltet. Die Gründung des Kriegsernährungsamts sollte die reichseinheitliche Centralgewalt in diesem Chaos von Organisation stärken und die Hochspannung des Mißtrauens gegen die bürokratische Regelung der Volksernährung entspannen. Die Wirksamkeit dieses Amtes hat aber nicht verhindern können, daß die illegale Lebensmittelversorgung, der Schleichhandel, bald derart überhand, daß die legale Versorgung unterbunden wurde und Gemeinden und Behörden sich dessen Einfluß nicht entziehen konnten. Die Neuköllner Denkschrift bedeutet den Zusammenbruch des bürokratischen Systems der Kriegsernährung. Eine Besserung kann aber nicht die Preisgabe der zwangsläufigen Lebensmittelversorgung bringen, sondern nur der Erfas der Bureaucratie in Erfassung und Verteilung durch eine wirkliche Organisation, an denen die Erzeuger und Verbraucher sachverständig beteiligt sind.

Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft kann keine einfache Restauration, keine Wiederherstellung der früheren Verhältnisse sein, denn diese lassen sich in Rücksicht auf die während des Krieges eingetretenen inneren und äußeren Veränderungen nicht völlig wiederherstellen, sondern eine Umbahnung einer den neuen Verhältnissen entsprechenden Volkswirtschaft, in welche hinübergenommen wird, was sich aus früheren Zeiten und aus den Errungenschaften unserer Kriegswirtschaft bewährt hat. Diese künftige Volkswirtschaft wird natürlich von den Friedensbedingungen beeinflusst werden: Landesgrenzen und koloniale Ausdehnung, Wirtschaftsbindnisse und Handelsverträge, Kriegsschadigungen und öffentliche Lasten werden für unsere künftige Wirtschaftsentwicklung mehr oder weniger bestimmend sein. Von dieser Wirtschaftsentwicklung bleibt aber auch die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft in hohem Maße abhängig. Das gilt ganz besonders von der Möglichkeit eines Wirtschaftskrieges, der uns auch nach Friedensschluß die Zufuhr von Rohstoffen absperren könnte. Die Einfuhrstafistik hat uns gezeigt, was die ausländischen Rohstoffe für unsere Textilindustrie, Hütenindustrie, Elektroindustrie, Lederindustrie und Holzindustrie bedeuten. Von diesen Industrien hängen wieder die Bekleidungsindustrie, Schuhindustrie, Metall- und Maschinenindustrie und zahlreiche Gewerbe ab. Das beweist, welche hohe Interesse die Arbeiterschaft an der Wirtschaftspolitik nehmen muß, die sie nicht allein den herrschenden Klassen überlassen darf. Die Forderung, auch Vertreter der Arbeiterschaft zu den Friedensverhandlungen heranzuziehen, um deren Interessen wahrzunehmen, ist durchaus berechtigt und es ist geradezu unerantwortlich, daß das Reichswirtschaftsamt dieser Forderung noch nicht nachgegeben hat.

Von der künftigen Volkswirtschaft unterscheidet sich die Uebergangswirtschaft dadurch, daß sie einen normalen Zustand darstellt, der zwischen Kriegs- und Friedenswirtschaft steht, und daher auch außergewöhnlicher Mittel zur Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge erfordert. Dieser Ausnahmezustand ist gegeben durch Mangel an Rohstoffen und Transportmitteln, Desorganisation der Betriebe, völlige Herrüttung des Arbeitsmarktes, Entwertung des Geldes, Unterbindung der

Abgabbeziehungen, Mangel an Nahrung, Kleidung und Wohnung und im Zusammenhang damit Arbeitslosigkeit und weitreichendes soziales Elend. Da die Arbeiterklasse sich diesen Wirkungen nicht entziehen kann, vielmehr in erster Linie darunter leiden würde, so müssen ihre Organisationen der Regelung der Uebergangswirtschaft ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die Gewerkschaften haben das bereits getan durch die Aufstellung eines Programms von Forderungen zur Uebergangswirtschaft, das in einer Eingabe im Frühjahr 1917 dem Bundesrat und Reichstag unterbreitet worden ist und dem der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe in den einzelnen wichtigsten Forderungen seine Zustimmung gegeben hat. Die Hauptfrage der Uebergangswirtschaft ist sicher: „Wie erreichen wir am besten unsere frühere Erzeugung und Warenumsatz wieder? Beide sind abhängig von der Ein- und Ausfuhr, wie die einleitend gegebenen Zahlen bewiesen, denn der Gedanke, daß Deutschland als autonomes Wirtschaftsgebiet sich selbst versorgen könnte, muß aufgegeben werden. Da unser Boden uns nicht ausreichend mit Rohstoffen und Lebensmitteln versorgen kann, müssen wir solche auf dem Weltmarkt kaufen, also einführen, und mit unseren Erzeugnissen bezahlen, also ausführen. Ein- und Ausfuhr bilden die Hauptprobleme unserer Uebergangswirtschaft. Beide bedürfen der Wiederherstellung unseres Transportwesens und unserer Geldwährung. Unser Schiffsraum ist während des Krieges durch Beschlagnahme unserer Schiffe in feindlichen Häfen stark vermindert worden. Wenn dem feindlichen und neutralen Schiffsraum der U-Bootkrieg das gleiche Schicksal bereitet hat, so macht das bekanntlich die Frachtraten auch nicht billiger. Die Reichsregierung hat bereits erhebliche Reichsmittel für die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte bewilligt, die in Bau genommen werden kann, sobald die Werften Kohlen und Arbeitskräfte erhalten. Dabei sollen zum ersten Male in größerem Umfange Eisenbetonschiffe für den Ueberseefahrt gebaut werden, wodurch Bauzeit und Kosten verringert werden. Neben dem Schiffsraum muß für den nötigen Wagenraum gesorgt werden, denn unser Eisenbahn- und Frachtfuhrwerkswesen samt dem Autopark ist während des Krieges nahezu aufgebraucht worden. Hier greift schon die Rohstofffrage bedenklich ein, weil wir dazu in erheblicher Menge fremder Hölzer, Leder, Oele und Lade bedürfen. Man wird sich also, soweit die Rohstoffzufuhr versagt, mit einheimischen Vorräten und mit der heimischen Rohstoffherzeugung behelfen müssen, die mit allen Kräften gefördert werden muß. In Händen der Heeresbehörden befinden sich Massen von Materialien aller Art, die sofort bei Kriegsbeendigung zurückzubefördern und durch Reichsbewirtschaftung unter Ausschluß des verteuerten Zwischenhandels der Erzeugung zugeführt werden müssen. Sodann müssen alle heimischen Rohstoffgewerbe, wie Kohlenherzeugung, Steinbrüche, Kalk- und Ziegelwerke, Holzbetriebe usw. möglichst vor Beendigung des Krieges ausreichend Arbeitskräfte erhalten, um den vollen Betrieb aufnehmen zu können. Nicht minder muß ein leistungsfähiges Transportpersonal zur Verfügung gestellt werden, um den starken Rohstoffverkehr zu bewältigen. Die Verteilung der Rohstoffe muß durch amtliche Verteilungsstellen nach Maßgabe des Bedarfs und der Leistungsfähigkeit der Betriebe derart er-

folgen, daß eine Begünstigung der Großbetriebe ausgeschlossen bleibt. Die ausländischen Rohstoffe sind entweder durch das Reich selbst oder durch Syndikate im Auftrage des Reiches einzuführen und den Betrieben zu solchen Preisen zu überlassen, daß der Gewinn dieser Syndikate eine mäßige Verzinsung des Anlagekapitals nicht überschreitet. Bei der Einführung der Rohstoffe ist neben der Rücksicht auf den Schiffsraum die Valutafrage entscheidend. Unsere Geldwährung hat während des Krieges durch die Ausprägung des vielen Papiergeldes wie durch den Rückgang der Ausfuhr bedenklich gelitten. Wir mußten Gold statt Waren ausführen und das erschütterte die Sicherheit unserer Währung, die sich im Sinken des Kurzes äußerte. Im Inland hat das Geld ja Zwangskurs; trotzdem blieb auch hier die Wirkung nicht aus, denn die fortwährenden Steigerungen aller Preise sind zum Teil nichts anderes, als eine Reaktion des Warenmarktes gegen die Entwertung des Geldes. Nun sollen wir nach dem Kriege auf dem Weltmarkt Rohstoffe und Lebensmittel einkaufen. Zahlen wir sie in Gold, dann sinkt unser Goldbestand und damit unser Geldwert; zahlen wir in Waren, dann müssen wir sie zu dem Weltmarktpreis abgeben. Aus diesem Dilemma hilft uns die staatliche Regelung der Ein- und Ausfuhr. Je mehr wir unsere Einfuhr auf das absolut Notwendige beschränken und entbehrliche Dinge, vor allem teure Luxusartikel wie Modewaren, Seidenwaren, sowie Genußmittel wie Kaffee, Tee, Weine, Spirituosen u. dgl. ausschließen oder limitieren, desto mehr stärken wir unsere Welt-handelsbilanz und damit zugleich unsere Valuta, und je mehr wir Dinge ausführen, in denen wir den Weltmarktpreis diktieren können, desto mehr wirken wir in gleicher Richtung. Die Valutaregelung setzt also die staatliche Regelung der Ein- und Ausfuhr voraus, so daß nicht jeder beliebig ein- oder ausführen darf, sondern sich darin dem höheren Gemeinschaftsinteresse unterordnen muß. Bei der Einfuhr ist das schon in Rücksicht auf den knappen Schiffsraum geboten, der für die notwendigsten Rohstoffe und Lebensmittel reserviert bleiben muß. Bei der Ausfuhr liegen die Dinge nicht ganz so bedenklich, denn schließlich stärkt jede Ausfuhr unser Auslands Guthaben, aber wir dürfen auch nicht Erzeugnisse ausführen lassen, an denen wir selbst Mangel haben wie Lebensmittel, Holz usw.; selbst Kohlen können vorübergehend recht knapp werden, wie wir jetzt sehen. So muß also hier die staatliche Regelung eingreifen, organisierend, bald fördernd, bald zurückhaltend, als ob es sich um einen einzigen nationalen Wirtschaftsbetrieb handle. Diese Regelung ist dem Reichswirtschaftsamt übertragen, bei dem eine besondere Abteilung für Uebergangswirtschaft besteht. Hier wird der Bedarf an Rohstoffen, Lebensmitteln sowie der verfügbare Schiffs- und Wagonraum festgestellt und die Genehmigung zur Ein- und Ausfuhr erteilt.

Mit dieser Regelung ist indes die Tätigkeit des Reichswirtschaftsamts nicht erschöpft, denn die Knappheit der eingeführten Mengen würde nur der Speculation und Preistreiberei Vorschub leisten, wenn nicht auch eine Regelung der Verteilung erfolgen würde. Das gilt in erster Linie für die Lebensmittel, sowohl für die vom Ausland eingeführten, als auch wahrscheinlich einige Zeitlang für die im Inland erzeugten, wenigstens so lange, bis wieder eine normale Versorgung möglich ist. Die zentrale Bewirtschaftung der Lebensmittel, die Beschlagnahme, Rationierung und Konfiskation, die

Höchstpreise, Preisprüfungsstellen und Wucher- und Schwindelbekämpfung werden uns daher wohl auch in der Uebergangswirtschaft noch begleiten. Auch von den Organisationen der Kriegsernährung dürfte manches dauernd erhalten bleiben, wie z. B. das Reichsernährungsamt, das schon in Rücksicht auf künftige Teuerungs- und Kriegszeiten und auf die Schaffung von Lebensmittelreserven und Wirtschaftsplänen unentbehrlich sein dürfte, ferner die Reichsgetreidestelle, die wahrscheinlich in einem Getreidemonopole aufgehen dürfte. Auch für Zucker und Spiritus sind ähnliche Verstaatlichungsaktionen in Vorschlag gebracht worden.

Was für die Lebensmittel gilt, trifft zum Teil auch auf die gewerblichen Rohstoffe, besonders die überseeischen, zu. Auch hier ist eine Verteilung auf die einzelnen Industrien und Betriebe nicht zu entbehren, da sonst die Großbetriebe sich allein versorgen und die Mittel- und Kleinbetriebe ausschalten und zum Tode verurteilen würden. So wenig uns der Vorwurf der Handwerksrettung gemacht werden kann, so haben wir doch kein gewerkschaftliches Interesse, den tariffeindlichen Großbetrieb mit seiner Herrschaft der einseitigen Arbeitsordnung des Unternehmers gegenüber den paritätischeren Mittel- und Kleinbetrieben in die Höhe zu züchten.

Diese Verteilung muß planmäßig nach dem Maßstab der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Gewerbe erfolgen, so daß Luxusgewerbe zurückgehalten werden und die Erzeugung der dringendsten Wirtschafts- und Lebensbedürfnisse den Vorrang erhält. Eine solche Regelung der Uebergangswirtschaft führt also zu einer Regelung der Produktion, wie es während der Kriegswirtschaft geschah, diesmal aber mit dem Unterschiede, daß der Erzeugungszweck auf Friedensbedürfnisse der Bevölkerung eingestellt ist. Sie setzt zugleich voraus, daß gewisse Organisationen der Kriegswirtschaft auch für die Zeit nach dem Kriege aufrechterhalten werden, wie die staatlichen Verteilungsstellen, die Rohstoffgesellschaften und industriellen Syndikate, und zwar wird die Industrieorganisation mit zwei Gruppen der Industrie zu rechnen haben: mit gebundenen Industrien, die mehr oder weniger von rationierten Rohstoffen abhängig sind und für die ein mehr oder weniger zwangsmäßiger Zusammenschluß, teils wegen der Rohstoffbelieferung, teils wegen der allgemeinen Einschränkung als Luxusgewerbe notwendig wird, und mit freien Industrien, die keiner Behinderung, sondern eher der Förderung bedürfen. Zu ersterem gehören die Textil-, Leder- und Leberwaren-, Bekleidungs-, Schuh-, Holz-, Seifen-, Margarine-, Gummi-, Elektroindustrie und alle Luxusgewerbe, zu letzterem vor allem die heimischen Rohstoffgewerbe, die Kaliindustrie, die Industrie von Teerfarben und die Erzeugung von Apparaten und Instrumenten. Die Lebensmittelgewerbe werden aus Gründen der Lebensmittelversorgung unter strenger Kontrolle bleiben müssen. Die Baugewerbe werden zu größtmöglicher Steigerung angespornt werden müssen.

Für die Arbeiterschaft der betroffenen Industrien und Gewerbe hat dieser Zustand, dessen Dauer heute noch nicht abzusehen ist, manche Unzuträglichkeiten im Gefolge, die wir ja auch schon während der Kriegswirtschaft reichlich erlebt haben. Mangel an Absatz und künstliche Zurückhaltung führt zu völligem Daniederliegen des Gewerbes. Hier müssen Hilfsaktionen eintreten, die in zeitweiser Um-

schaltung der Betriebe und in Umschulungen der Berufsarbeiterschaft gipfeln. Rohstoffmangel führt zu zeitweiser Arbeitslosigkeit, die durch Einlegung von Feierschichten, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit und Entschädigung der Arbeiter für Lohnausfall und Arbeitslosigkeit geregelt werden muß. Welche Komplikationen die Verarbeitung von Erzfahstoffen mit sich führt, wird jeder Gewerkschaftsleiter aus eigener Erfahrung beurteilen können. Es ist deshalb notwendig, daß die Arbeiterschaft nicht nur auf die allgemeine Regelung der Uebergangswirtschaft Einfluß gewinnt und zu diesem Zwecke einen sachverständigen Beirat im Reichswirtschaftsamt mit Arbeitervertretern fordern muß, sondern daß auch in jeder einzelnen Industrie, in jedem Gewerbe eine paritätische Regelung dieser Fragen angestrebt werden muß. Der Weg hierzu ist gegeben in der Weiterentwicklung der Arbeitsgemeinschaften, wie sie während des Krieges in zahlreichen Gewerben für die Zwecke der Erwerbslosenfürsorge und Kriegsbeschädigtenfürsorge entstanden sind. In diesen Arbeitsgemeinschaften können auch die gemeinsamen Interessen des Gewerbes für die Uebergangswirtschaft behandelt werden, wie die Rohstoffversorgung, Versorgung mit Aufträgen und öffentlichen Arbeiten, Arbeitsvermittlung, Arbeitszeitregelung, Arbeitsaussetzung und Entschädigung, Arbeitslosenunterstützung, das Lehrlingswesen und die Berufsumschulung, sowohl im Sinne der Zuführung fremder Arbeiter zum eigenen Gewerbe, als auch der Ueberführung eigener Arbeiter in andere Berufe. Die Arbeitsgemeinschaft im Hand Schuhmacher Gewerbe hat diesen Schritt bereits getan und sogar ein gemeinsames Sekretariat eingerichtet, dessen Angestellter der Reichstagsabgeordnete G. Davidsohn ist. Dieses Sekretariat hat die besondere Aufgabe, für die Versorgung des Gewerbes mit den erforderlichen Rohstoffen tätig zu sein. Hier eröffnet sich eine nutzbringende Gemeinschaftsarbeit, die dem ganzen Gewerbe zum Segen gereicht. Ganz besonders kann diese Gemeinschaftsarbeit für die Arbeitsbeschaffung förderlich sein, auf welche ich bei Behandlung der öffentlichen Aufträge und Arbeiten zurückkommen werde.

Psychologische Berufsberatung.

In den letzten Friedensjahren setzten bereits mannigfache Versuche, die Methoden des Wirtschaftskampfes zu verfeinern, ein. Doch stand hinter ihnen noch keine ökonomische Notwendigkeit. Es handelte sich um die Küstleien von Mentalitätsjodels und sozialgesinnten Menschheitsbeglückern, daneben um die Ausarbeitung einer geschäftspsychologischen Rezeptur. Während der Kriegszeit ist mancherlei bereits begonnene Praxis wieder abgestorben: Was braucht man Käuferpsychologie zu treiben, wenn die Nachfrage das Angebot vielfach übersteigt; wer kann noch Arbeitskräfte, die er nehmen muß, auf ihre Berufseignung prüfen, welcher Stellensuchende wird, wenn er unbedingt schnell zu verdienen benötigt ist, fragen, ob die zu übernehmende Arbeit ihn befriedigen wird? Und doch sind gerade in der Kriegszeit einige sehr wesentliche Fortschritte in der Anwendung berufspsychologischer Erkenntnisse und der Ausbildung berufspsychologischer Untersuchungsmethoden gemacht worden, an Stellen, an denen von der richtigen Auswahl der Personen viel abhängt. Bei der Auslese geeigneter Kraftwagenführer, Flieger (Frankreich), Straßenbahnführer, Maschinenfeger, Telephonisten usw. haben Militärbehörden

und Werksleitungen wissenschaftlich geschulte Psychologen zur Durchführung einer Berufseignungsprüfung herangezogen, anscheinend mit gutem Erfolge. Aller Voraussicht nach wird die kommende Nachkriegszeit zu einer weiten Ausdehnung solcher Brauchbarkeitsuntersuchungen Veranlassung geben; was vor dem Kriege als eine Art Kultur-luxus anhub, wird durch die Notdurft zum Einschlag des Alltagslebens. Die Gesamtsumme unserer nationalen Arbeitskraft ist durch Tod, Krankheit, Beschädigung ungezählter Individuen derart vermindert, daß wir uns nicht mehr die Verschwendung algebräischer Addition der einzelnen Posten leisten können; jedes Summenglied muß ins Positive gewendet werden, um die Abnahme der Volkskraft zu verkleinern, d. h. jeder muß möglichst an die Stelle gelangen, an der er ein relatives Leistungsmaximum erreichen kann, an der ihm also die Möglichkeit zu Selbstgefühl und Befriedigung erwächst. Soweit ältere Personen in der Arbeit stehen oder in die Arbeit wieder eintreten, wird die Frage einer Umschaltung in andere Berufe schwierig anzugreifen sein. Doch hängt von der Heranbringung der aus dem Felde zurückkehrenden Männer an für sie passende und ihnen erwünschte Arbeit und von der Befestigung der sich wieder der Friedensarbeit zuwendenden Fabriken, Werkstätten, Geschäfte, Wirtschaften mit gerade an der betreffenden Stelle leistungsfähigen Arbeitskräften so sehr seelisches Gleichgewicht und nationale Produktionskraft, also inneres und äußeres Wohlergehen des einzelnen wie der Gesamtheit ab, daß auch hier alles Mögliche geschehen muß. Noch dringender wird aber die Frage der richtigen Einstellung bei dem Heer der Kriegsbeschädigten, der neu ins Erwerbsleben eintretenden Frauen, erst recht bei der Berufswahl der jetzigen Schuljugend, die nach dem Kriege unverletzt, wenn auch nicht ungeschädigt, in die gelichteten Reihen einrücken wird.

Die Aufgabe wächst damit über die mit Recht vielbefehdete Einseitigkeit des Taylorismus weit hinaus. Taylor wollte den Arbeitsprozeß möglichst ökonomisch gestalten, sein System erwählte, schulte, lohnte die Arbeiter immer nur als Mittel zu diesem Zweck. Die psychologische Berufseignungsforschung will, tiefer schürfend, Betriebe und Arbeiter nach ihrer Eigenart einander zurechnen und einpassen. Oekonomie und Harmonie im Betriebe und im Leben des Arbeitnehmers sind gleichermaßen das Ziel. Der Betrieb (seine Produktivität) und die Arbeiterschaft (ihr erspriessliche Lebensgestaltung) sind beide Mittel und beide Zweck. Die Fortschritte dieser ausgesprochenen Wirklichkeitswissenschaft interessieren daher Arbeitgeber und -nehmer gleich stark, wenn auch aus verschiedenen Gesichtspunkten.

Sollen für bestimmte Menschen die geeigneten Berufe, für bestimmte Berufe die geeigneten Menschen gefunden werden, so bedarf es bestimmter Kriterien, um über die Zusammengehörigkeit zu entscheiden: Man muß psychologische Charakteristiken der einzelnen Berufe schaffen, d. h. sammeln und sichten die Eigenschaften feststellen, welche jeder Beruf von den in ihm Tätigen fordert, wenn sie ihn ohne Nachteile für ihre körperliche und geistige Gesundheit und mit höchstmöglichem Nutzeffekt betreiben wollen oder sollen. Solche Sammelarbeit hat vielerorts gleichzeitig eingesetzt. Im wirklichen Betriebe gelangen aufmerksame Unternehmer, Ingenieure, Werkführer zu mehr qualitativen Einsichten; der Wissenschaftler variiert willkürlich die Bedingungen, um konstruierend und

methodisch funktionelle Abhängigkeiten quantitativ zu erfassen. Es haben sich in dieser neuen Bewegung bereits Mittelpunkte, Anziehungs- und Anregungszentren des wissenschaftlichen Vordringens, Arbeitsgemeinschaften, herausgebildet. Im 12. Heft der Flugblätter der Centralstelle für Volkswohlfahrt: „Psychologische Berufsberatung. Ziele, Grundlagen und Methoden“ gibt Otto Lipmann eine Uebersicht über die Arbeiten und Erfolge des von der Centralstelle eingesetzten „Aussschusses für Berufsberatung“ und verwandter Organisationen auf dem Gebiete der angewandten Psychologie.

Die grundlegende psychologische Systematik der Berufe muß durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der einzelnen Berufe in Zusammenarbeit mit geschulten Psychologen herauskristallisiert werden. Prof. W. Stern hat in Hamburg im Anschluß an sein psychologisches Seminar und unter Teilnahme von Arbeitnehmern und Geschäftsleuten eine Arbeitsgemeinschaft für Berufsberatung (Charakteristik) für die Berufe der Feinmechaniker, Kantor- und Ladenkaufleute usw. zusammengebracht. In München arbeitet unter Franz Weigl die Arbeitsgemeinschaft für experimentell-pädagogische Forschung der katholischen pädagogischen Vereine Münchens. In Berlin hat der „Deutsche Ausschuß für Berufsberatung“ eine Stelle eingerichtet, die selbst ein Forschungslaboratorium für Berufspsychologie unterhält und „alle Bestrebungen auf diesem Gebiete durch Auskunfterteilung, Nachrichtendienst usw. unterstützen und zusammenfassen will.“ Man versucht hier zurzeit eine psychophysiologische Analyse der höheren und geistigen Berufe.

Von den Praktikern der einzelnen Industrien usw. sind brauchbare Beiträge zur Berufspsychologie ihrer Betriebe nur zu erlangen, wenn ihnen konkrete, passend formulierte, unmißverständlich zu beantwortende Fragen vorgelegt werden. So allein lassen sich auch die Ergebnisse der Rundfragen bei zahlreichen Personen und Werken soweit einander anähnlichen, daß man aus ihnen ein Mittel berechnen darf. Der Ausschuß für Berufsberatung hat daher einen Fragebogen entworfen, der eine vollständige Aufzählung aller für Berufstätigkeiten in Betracht kommenden psychischen Eigenschaften beabsichtigt. Der Entwurf enthält jetzt 106 Fragen in bezug auf die Tüchtigkeit der Sinne, die Sicherheit des Urteils, die Schnelligkeit und Genauigkeit der Apperzeption, die Reproduktionsfähigkeit, die Zuverlässigkeit des Gedächtnisses, körperliche Leistungsfähigkeit, Geschicklichkeit, Reaktionsgeschwindigkeit, die Möglichkeit rhythmischer Einstellung, Ausdauer, Anlage zum Disponieren, Verbessern, Dirigieren, Kombinieren usw. Mit Hilfe solcher Fragelisten wird es allmählich gelingen, Klarheit über die psychischen Eigenschaften zu schaffen, die jeder Betriebsleiter von seinen Arbeitern verlangen darf oder muß. Die bisherigen Ergebnisse (Erhebung des Vereins für Sozialpolitik, Münsterberg, Biorowski, Stern, Christian, Moede, Düd, Freund, Lipmann, Bernays, Pinke, Weigl, Ruttman, Heinis usw.) ermuntern durchaus zur Fortsetzung der Arbeit.

Wenn die jetzt begonnene psychologische Durchleuchtung der verschiedenen Berufe einmal vollendet sein wird, wird die mit diesen Steckbriefen ausgerüstete Berufsberatungsstelle doch nicht in der Lage sein, jeden Einzelmenschen etwa durch Vergleich der Linien seines persönlichen Psychospektrums mit denen der einzelnen Berufscharakte-

ristiken eindeutig und sicher als für einen ganz bestimmten Beruf am besten geeignet bezeichnen zu können. Die Frage: „Was soll ich werden?“ darf so nicht gestellt werden, wenn sie mehr als berufstatistische Auskünfte erwartet. Dagegen wird sich die Frage: „Kann ich Maschinenfeher werden?“ (d. h. mindestens: „Bin ich nicht dazu unbrauchbar?“ oder weitergehend: „Besitze ich für diesen Beruf günstige Eigenschaften?“) dann mit Hilfe einiger Proben an der Hand des Berufsschemas beantworten lassen, und umgekehrt werden sich nach kurzer psychologischer Untersuchung des Fragenden bestimmte Berufsgruppen als für ihn geeignet, andere als ungeeignet erkennen lassen. — Als Hilfsmittel für die Psychoanalyse bei der Berufswahl kommen noch in Frage die Selbstcharakteristik des Prüflings, die gewöhnlich im jugendlichen Alter wenig Wert hat, und die Beurteilung seiner Eigenart durch geschulte Beobachter, besonders durch seine Lehrer. So wenig der Lehrer imstande ist, sein kann, bei überfüllten Klassen den einzelnen Schüler bis zur Gewinnung eines begründeten und über allgemeine Wendungen hinausgehenden Urteils zu beobachten und zu prüfen, so kann doch der geeignete Lehrer immerhin, besonders wenn er methodische Versuche und Übungen durchführen darf, gewisse Anhaltspunkte für die Berufseignung und Berufswahl seiner nicht ganz farblosen Schüler geben. Sylla-Oberschöneweide hat für solche Untersuchungen einen berufspsychologischen Personalbogen für Volksschüler entworfen, der Bemertungen über die Schulleistungen, allgemeine Fragen, solche zur Eignung für besonders Berufe und Urteile über die anzurathende Berufswahl seitens des Lehrers vorzieht. Andere verfahren ähnlich. — An der Hand eines solchen Personalbogens, unter Berücksichtigung aller körperlichen Eigentümlichkeiten des zu Beratenden, seiner Neigungen, der wirtschaftlichen Umstände, event. nach einigen einfachen experimentellen Eignungsprüfungen wird der Berufsberater wenigstens die engere Frage: „Bin ich für diesen bestimmten Beruf geeignet?“ beantworten können. Wenn keine Wünsche und Vorschläge des Arbeitssuchenden vorgelegt werden, wird die Beratungsstelle nur in Fällen ausgesprochener Begabung oder Mangelhaftigkeit von sich aus hinweisend oder ausschließend entscheiden können.

Die einfachere Fragestellung liegt immer vor, wenn nicht der Arbeiter eine passende Beschäftigung, sondern der Betrieb die geeigneten Menschen sucht. Die Methoden sind dann auf diese Betriebe einzustellen, die Versuche von vornherein so einzurichten, daß nicht nur auf eine bestimmte psychische Fähigkeit überhaupt geprüft wird, sondern sogleich, ob sie in dem notwendigen Grade vorhanden ist, ob z. B. die Aufmerksamkeit für solche Einbrüche, wie sie die vorliegende Beschäftigung mit sich bringt, eindringlich und dauernd regt ist. Das Prüfungsexperiment muß aber nicht die Berufstätigkeit allzu genau nachahmen wollen. Wir kämen ja sonst ohne allen Aufwand mit der alten Probezeitmethode ebenso zum Ziele. Den Verlust der Probezeit wochen-, monate-, jahre-, die innere und äußere Not des Berufswechsels eines tüchtigen Menschen, wollen wir aber gerade vermeiden; das Prüfungsexperiment soll wissenschaftlich schnell Aufschlüsse herbeiführen, die sich praktisch erst allmählich ergäben. Das ist im Prinzip für alle Berufe möglich, für einige bereits erfolgreich versucht, z. B. für die mittleren Kangleiangeestellten, für Elektroingenieure, Kraftfahrer, Straßenbahnführer, Telephonisten, Gewehrprüfer, Schriftseher, Drucker, für

lehre auf Anregung des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer. Am richtigen Punkte wird immer dann eingeseht werden können, wenn die „guten“ und „schlechten“ Arbeiter eines Betriebes sich durch das Vorhandensein bzw. Fehlen einer oder einiger erkennbarer Eigenschaften von einander unterscheiden.

Spätestens mit Friedensschluß könnte und müßte die psychologische Berufsberatung ihre soziale Funktion ausüben beginnen. Die Vorarbeiten sind, wie erwähnt, im Gange, bedürfen aber großzügiger Erweiterung und Zusammenfassung. In seiner Abhandlung verlangt Lipmann gleich Christian, Dück u. a. die Errichtung einer berufspsychologischen Centralstelle eines Forschungsinstituts, das Hand in Hand mit den Praktikern die für die einzelnen Berufstätigkeiten erforderlichen psychischen Eigenschaften festzustellen, für die Einführung von Fragebogen für berufspsychologische Beobachtungen in der Schule (zunächst probeweise an einzelnen Anstalten) einzutreten und die Antworten zu bearbeiten, die experimentellen Methoden für die einzelnen Berufe zu sammeln und unter Mitwirkung der Interessenten zu erproben und zu „eichen“ hätte. Es wären etwa zunächst der Centralstelle für Volkswohlfahrt oder besser und bestimmter direkt dem Institut für angewandte Psychologie die nötigen Summen zu gewähren. Zurzeit versucht man durch Sammlungen bei Privatleuten und Instituten eine Finanzgrundlage für die weitere Arbeit zu schaffen. Dort werden Reich und Staaten mit der Zeit einsehen, wieviel gerade im nächsten Menschenalter für sie von dieser Arbeitskraftökonomie abhängt, daß sie trotz und gerade wegen der kommenden Finanzschwierigkeiten für diese Angelegenheit Mittel werden bewilligen müssen.

Eine solche Centralstelle müßte Berufe mit beträchtlichem Arbeiterwechsel, die also (vielleicht!) Wenn nicht Differenzen zwischen Uternehmern und Arbeitnehmerorganisationen, hygienische oder Entlohnungsmängel die Veranlassung sind!) eine spezifische Berufsbezeichnung zu erfordern scheinen, von solchen mit großer Konstanz der in ihnen Beschäftigten unterscheiden. Dazu brauchte man eine Statistik des Berufswechsels, wie überhaupt die Arbeit des Psychologen durch die des Statistikers zu ergänzen wäre. Eine agile Reichsberufsstatistik hätte etwa halbjährlich für alle in Betracht kommenden Berufe und Stellungen die Zustände, soweit sie durch Zahlen und Urteile erfassbar sind, zu konstatieren und die Ergebnisse mit Hinweisen auf die nationalwirtschaftlich erwünschte Verteilung der neuen Arbeitskräfte den Berufsberatungsstellen mitzuteilen, damit diese die Arbeitssuchenden zuerst auf ihre Brauchbarkeit in den Gebieten mit Mangel an Arbeitskräften prüfen und ihre Aufmerksamkeit in diese Richtung lenken könnten. Die Berufsberatung wird sich in einer Diagonale bewegen müssen, die für gewöhnlich weit mehr zur berufstatistischen Komponente (unter Ausschließung allerdings der nachweislich ungeeigneten) hineigen, nur in den Fällen deutlicher Anlagen die Berufspsychologie im positiven Sinne ausschlaggebend sein lassen wird. Die Mehrzahl der Menschen besitzt zahlreiche Fähigkeiten von gleicher mittlerer Entwicklungsmöglichkeit; es bedarf nur guter Ausbildung, der richtigen Arbeitsumgebung, einer auskömmlichen Existenzmöglichkeit, des Zuganges zu den kulturellen Gütern, um das Gefühl der Befriedigung zu erzeugen, das Leben „sinn“voll zu machen.

Hier weitet sich der Fragenkreis ins Sozialpolitische. Der „rechte Mann am rechten Platz“ kann noch ein armer Schächer, ein bloßes entindividualisiertes Zahnrad sein, wenn er nicht charaktervolle Widerstandskraft, Selbstbehauptungsfähigkeit besitzt. Die kann ihm, dem Atom, nur ein größerer Verband, nur die Organisation verleihen. Vorbedingung des Gedeihens der Arbeitnehmer ist also die Eingliederung, der Gemeinschaftsgefühl, die Organisationstreue ebenso sehr und in Konfliktfällen weit mehr als die psycho- und materiell-ökonomische Verwendung des einzelnen. Diese Einsicht vorausgesetzt, haben aber gerade die Arbeitnehmerorganisationen das größte Interesse daran, die Arbeit der Berufspsychologen aufmerksam zu verfolgen und tatkräftig zu unterstützen, damit die wissenschaftliche Forschung nicht wie z. B. beim Taylorismus schließlich den Arbeitnehmer nur als unbelebten Apparat zur Erzielung möglichst hoher Unternehmerprofite behandelt, zur Abhängigmachung der „zu ihrer Arbeit passenden Arbeiter“ dient, also zur Erzeugung technischer „Glückseligkeit“ verbunden mit seelischer Würdelosigkeit führt, damit sie vielmehr immer wieder gedrängt wird, bei ihren Methoden nicht nur die psychophysischen Zustände in ihrem Einfluß auf den Beruf, sondern auch die Arbeitsweise in ihrer Wirkung auf körperliche Gesundheit, geistige Spannkraft, moralische Sicherheit und unverletztes Gefühlsleben zu beachten. Berufspsychologie ist also zunächst Technik; sie muß aber — soll sie einem Volke nützen — mit sozial- und kulturpolitischem Geiste betrieben werden: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein und der richtige Berufschicksal allein bedeutet nicht das Leben. Aber das „Passen in den Beruf“ ist doch eine wichtige Vorbedingung zum harmonischen Leben und deshalb ein im Interesse ihrer Mitglieder kraftvoll anzustrebendes Ziel der Arbeitnehmerorganisationen. Individualisierende „Menschenökonomie“ muß einen Ausgleich suchen mit nationaler Produktionsökonomie.

Berlin-Friedenau.

Prof. Paul Oestreich.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zum Wiederaufbau der Handelsflotte. — Anteil der Rhederei an den Kosten. — Regiebauten. — Schiffsbesetzungsbanken. — Die Jagd nach Kohle. — Entwicklung des Hirsch-Konzerns. — Maschinenfabriken. — Brauereien.

Der Reichsausschuß, der dem Reichskanzler Vorschläge für die Gewährung der Beihilfen zum Wiederaufbau der Handelsflotte zu machen hat, ist nunmehr ernannt worden. Neben den Vertretern der Regierung sind Mitglieder des Ausschusses: Direktor des Germanischen Lloyd Prof. Dr. Bagel in Berlin, vormaliger Direktor der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft Alfred Jarke in Hamburg und seemannischer Beirat des Vorstandes der Seeberufsgenossenschaft Redakteur Paul Müller in Hamburg. Trotz der aus dem Reichsbeihilfengesetz fließenden Beiträge wird nach Berechnungen des Direktors der Hamburg-Amerika-Linie W. Huldermann der auf die Rhederei entfallende Anteil an den Baukosten der neuen Schiffe sich auf mindestens den ursprünglichen Anschaffungswert der verlorenen Schiffe stellen. Die Rhedereien müßten danach also für die Wiederherstellung ungefähr dasselbe Kapital aufwenden, das sie vor Jahr und Tag für ihre im

Marl. Hervorgegangen ist die Deutsche Maschinenfabrik A.-G. aus der Benrather Maschinenbaugesellschaft A.-G., die im Jahre 1910 sich durch Fusion mit der Märkischen Maschinenbauanstalt Ludwig Studenholz A.-G. in Wetter an der Ruhr und der Duisburger Maschinenbau-A.-G. vorm. Beechem u. Keetmann vereinigte. — Zur Uebernahme eines anderen Betriebes erhöht die Maschinen- und Kranbau-A.-G. (früher Maschinenindustrie Ernst Galbach) ihr Kapital um 2½ auf 4 Millionen Mark, anscheinend handelt es sich dabei um die Motorpflugfabrik Gustav Böhl G. m. b. H.

Ununterbrochen vollzieht sich die Verschmelzung von Brauereien. Die Holstenbrauerei und die Brauerei Germania in Hamburg berufen Versammlungen zur Beschlußfassung über die Verschmelzung beider Gesellschaften. — In der außerordentlichen Generalversammlung der Adlerbrauerei in Düsseldorf wurde die Verschmelzung mit der A.-G. Schwabenbräu in Düsseldorf beschlossen. — Die Bergbrauerei A.-G. vorm. Homborg in Bochum wird durch Abschluß eines Interessengemeinschaftsvertrages mit der Viktoria-Brauerei A.-G. die Zusammenlegung bewirken. — Von 22 000 Brauereibetrieben in Deutschland einschließlich der Hausbrauereien haben bisher 5000 den Betrieb eingestellt.

Berlin, den 29. Januar 1918.

Julius Kaliski.

Kriegsfürsorge.

Zur Organisation der Kriegsbeschädigten.

Die „Hamburgische Lazarett-Zeitung“ vom 1. Dezember wirft die Frage auf: „Wozu die Zerspaltung?“ Nur die Einigkeit macht stark! „Wir können es verstehen, wenn die Kriegsbekleideten sich für sich organisieren, die andern aber sollten in einer Vereinigung sich sammeln, zu gegenseitigem Verkehr, zum Austausch der für sie wichtigen Erfahrungen und zu Belehrung und Geltendmachung ihrer berechtigten Wünsche, falls das öffentliche Gewissen und die Dankbarkeit einschlagen sollten. Wir versprechen uns viel davon, wenn der Gleiche dem Gleichen in seiner Sprache und seinem Auffassungs- oder Urteilsvermögen klar macht, was ihm gut sei und frommt, wenn ermächtigte Vertreter eines Verbandes an zuständiger Stelle Wünschen, Bedenken, Kritiken und Vergleichen vorbringen, wenn Unzufriedenen und Körpern von den eigenen Kameraden der Star gestochen wird, was von Seiten eines Landesausschusses meistens als Ausfluß einer Gleichgültigkeit, Nechthäzerei oder Uebelwollens gedeutet wird.“

Gehe aber ein Verband auf das Gebiet der Unterstützungen über und sammle er Geld für solche Zwecke, dann begeben er sich auf eine schiefe Ebene. Ebenso gehe es bei ausgesprochener politischer Richtung solcher Vereinigungen.

Man organisiere sich in einer großen Vereinigung mit lokalen Unterabteilungen. Man richte sich ein in engerer Fühlungnahme mit den Landesausschüssen. Der nächste Schritt sei, daß die staatlichen Organisationen Vertreter der privaten Vereinigung in sich aufnehmen. So würden Mißverständnisse vermieden, Vergeudung von Unterstützungsgeldern, und manche Härte könne ausgeglichen werden. Sei das Zusammenarbeiten harmonisch, werde mancher Landesausschuß bei gewissen Unkosten einer Vereinigung sich beteiligen und die Vereinigung habe zugleich

einen treuen Bundesgenossen bei berechtigten Wünschen.

Die „an unsere Kriegsbekleideten“ gerichteten Ausführungen klingen in die Aufforderung aus, erst rein Haus im eigenen Lager zu machen.

Die Kriegsbekleideten dürften sich wohl allesamt darin einig sein, daß ihre Organisation unabhängig sein und ihre Unkosten selber bestreiten muß, anstatt sie sich durch Wohlverhalten zu erwerben. Im übrigen aber wäre zu wünschen, daß die zwischen den drei bestehenden Organisationen eingeleiteten Einigungsbestrebungen von Erfolg begleitet sind. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Kriegsbekleideten keineswegs eine einheitliche soziale Bevölkerungsschicht bilden.

Beschäftigung von Kriegsbekleideten in den besetzten Gebieten.

In den besetzten Gebieten können für die mit Hilfsdienstpflichtigen zu besetzenden Stellen im Bereiche des Heeres auch solche Kriegsbekleidete angeworben werden, die eine Militärrente von 50 Proz. und mehr beziehen, und zwar auch dann, wenn es sich um landwirtschaftliche oder gewerbliche Facharbeiter handelt, die eine Beschäftigung in der heimischen Kriegswirtschaft nicht gefunden haben. Meldungen Kriegsbekleideter leiten die Fürsorgestellen an die zuständige Kriegsamtsstelle.

Arbeiterbewegung.

Emil Döblin †

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, und insbesondere die Generalkommission, ist von einem schweren Verlust betroffen worden: Emil Döblin ist nicht mehr. Am 31. Januar starb er nach einem längeren schweren Leiden, das ihn während der letzten beiden Monate ans Bett gefesselt hatte.

Am 27. November 1853 geboren, hat Döblin ein Alter von 64 Jahren erreicht. Fast die Hälfte dieser Jahre hat er an der Spitze des Verbandes der Deutschen Buchdrucker gestanden. Seit dem 1. Juli 1873 Verbandsmitglied, bekleidete er in den 1880er Jahren das Amt des Berliner Gauvorstehers im Verbande, und als infolge der sozialistengesetzlichen Bedrängnisse die Verlegung des Verbandsverbandes von Stuttgart nach Berlin als einzig mögliche Rettung des Verbandes notwendig wurde, übernahm Döblin die Verbandsleitung. Die Angriffe, die ihm schon aus jenem Anlaß von Seiten anderer Kreise der Arbeiterbewegung reichlich zuteil wurden, konnten ihn von dem als richtig erkannten Wege nicht abbringen. Er hatte in dem Verbandsverbande ein großes von den Vorgängern überkommenes Erbe zu verwalten und ließ sich nicht beirren. Was dem Verbandsverbande und seinen Mitgliedern nützlich erschien, geschah, ganz gleichgültig, ob die Mittelwelt Lob oder Tadel spendete. Die Effekthascherei war nie seine Sache und er hat seinen Mitgliedern und Mitkämpfern unangenehm klingende Wahrheiten lieber gesagt, als daß er ihren Beifall durch rhetorische Künste erschlich. Dabei war er ein durchaus wirkungsvoller Redner, dessen Wit und Schlagfertigkeit des Erfolges immer sicher waren. Aber er sah die Hauptaufgabe des Arbeiterführers in der Fernhaltung der Illusion. Selbst mit beiden Füßen fest auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stehend, war es seine größte Sorge, auch seine Organisation in möglichst weiter Entfernung vom Volkentumultsheim zu halten. Er war der

Kriege verlorenen Schiffe bereits aufgewandt haben. Zurückzuführen ist dieses Anteilverhältnis auf die bedeutend gestiegenen Baukosten. Wie Direktor Suldermann im „Hamburger Fremdenblatt“ weiter mitteilt, haben die Werften das an dieser Stelle schon vor längerer Zeit erörterte Uebereinkommen geschlossen, nur noch unter gleichen Bedingungen „in Regie“ bauen zu wollen, also Bauten nicht mehr zu festgesetzten Preisen zu übernehmen, sondern nur zum Selbstkostenpreis zuzüglich von Aufschlägen für Unkosten, Regie und Gewinn, so daß das ganze Waagnis des Baues, der Konjunktur für Baustoffe und Arbeitslöhne auf die Rhederei abgewälzt wird. Die Neubauten werden bei den Rhedereien voraussichtlich mit einem Betrag zu Buch stehen, der sich aus der Summe der Buchwerte der verlorenen Schiffe und etwa der ursprünglichen Kosten dieser verlorenen Schiffe ergibt. Da es nur in Ausnahmefällen möglich sein wird, diese Aufwendungen durch neues Kapital zu decken, müssen sie aus den Betriebseinnahmen gedeckt werden, dazu auch die gesamten Kosten für die bereits vor dem Kriege in Auftrag gegebenen Neubauten, weil das Beihilfengesetz für diese nicht eintritt. Die Betriebseinnahmen aber müssen zunächst mit beträchtlich verringertem Schiffsraum und in einem geschädigten Geschäft erzielt werden, so daß man den alten Friedensmaßstab an die Frachten nach dem Kriege nicht anlegen darf. Die Frachten müssen wesentlich die Kosten einbringen.

Zur Verstärkung der Schiffsbautätigkeit sind noch eine ganze Reihe anderer Aktionen eingeleitet, zu denen auch Gründungen von Schiffsbeklei-
 Leihungsbanken gehören. An einer dieser Gründungen sind die Dresdner Bank, die Nationalbank für Deutschland und die Berliner Handelsgesellschaft beteiligt. Das neue Unternehmen wird die Form einer Aktiengesellschaft erhalten. Die zur Beleihung erforderlichen Mittel werden, ebenso wie bei den Hypothekendarlehen, durch Pfandbriefe beschafft werden, deren Zinsfuß wohl jenen der Kriegsanleihen nicht überschreiten müssen. Zu einer in Hamburg bereits gegründeten Schiffsbeklei-
 Leihungsbank wird das Berliner Unternehmen in keinen Beziehungen stehen. Seine Tätigkeit wird sich in der Hauptsache auf die Fluß-, Binnen- und Küstenschifffahrt erstrecken. Gegenüber den Meldungen eines Blattes, daß das Reichswirtschaftsamt die Zentralisierung der Schiffsbeklei-
 Leihungsbanken in Berlin wünschte, ist jüngst erklärt worden, daß das Amt den Gedanken der Errichtung einer Centralbank nicht verfolge, sondern vielmehr das Nebeneinanderbestehen mehrerer dergleichen Anstalten in den verschiedenen Teilen des Reiches bei angemessener Beschränkung der Zahl als zweckmäßig anerkennt.

Durch eine vom Bundesrat am 17. Januar erlassene Verordnung über die Veräußerung von Rauffahrtschiffen, Binnenschiffen und Aktien oder sonstigen Geschäftsanteilen deutscher See- und Binnenschiffahrtsgesellschaften ans Ausland sind die bisher schon ergangenen Bestimmungen strenger gefaßt und erweitert worden. Neu ist das Verbot der Veräußerung von Aktien und sonstigen Geschäftsanteilen deutscher Binnenschiffahrtsgesellschaften, die in jeder Beziehung nunmehr den deutschen Seeschiffahrtsgesellschaften gleichgestellt sind. Ferner sind die bisherigen Vorschriften über die Veräußerung von Rauffahrts- und Binnenschiffen dahin ergänzt worden, daß nicht nur der Verkauf an Ausländer verboten ist, sondern auch der Verkauf an Deutsche, die nicht im Deutschen Reiche wohnen oder ihren dauernden

Aufenthalt haben sowie an Gesellschaften, die ihren Sitz im Auslande haben oder deren Kapital zum größten Teil Ausländern zusteht.

Nach wie vor wird von den verschiedensten Zweigen der Großindustrie, vor allem aber von der Eisenindustrie, zur Sicherung ihres Brennstoffbezugs die Angliederung von Kohlenzechen betrieben. Die Handelskammer zu Düsseldorf meint in ihrem Jahresbericht, daß dieser Jagd nach der Kohle, an der sich im niederrheinischen Gebiet sogar Schweden ohne Erfolg und niederländische Kreise mit Erfolg beteiligt haben, auf deutscher Seite wohl auch die Furcht vor der Monopolgefahr und der späteren wesentlich höheren Belastung durch Eigentumsübergängen durch Stempelaufgabe zugrunde liege. — Zum Erwerb der Ruxe der Gewerkschaft „Unser Fritz“ erhöhten die Mannesmann-Röhrenwerke ihr Aktienkapital um 14 Millionen auf 88 Millionen Mark.

Das Beispiel einer ungemein raschen und umfangreichen Konzernbildung bietet die Entwicklung der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke Akt.-Ges. Ende 1916 erhöhte die Gesellschaft zur Verstärkung ihrer Betriebsmittel, die insbesondere durch die Beteiligung an dem im Jahre 1916 gegründeten Bayerischen Hüttenwerk Fritz Reumeyer A.-G. Nürnberg und an der Kursächsischen Braunkohlen-Gas- und Kraftgesellschaft notwendig geworden war, das Kapital um 5 Millionen Mark auf 15 Millionen Mark. Nunmehr beantragen die Hirsch-Kupfer- und Messingwerke, das Aktienkapital ihres Unternehmens um 7 500 000 Mk. zu erhöhen, unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre, zum Zweck der Uebernahme der „Chemischen Fabrik Hönningen und vorm. Messingwerk Reinickendorf R. Seidel A.-G.“, Hönningen a. Rh. Außerdem nimmt die Gesellschaft eine weitere Erhöhung ihres Kapitals um 7,5 Millionen Mark durch Ausgabe von Aktien mit halber Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1918 vor, so daß das Aktienkapital 30 Millionen Mark betragen wird. Die Chemische Fabrik Hönningen hat ihre chemischen Betriebe im verfloßenen Jahr bereits abgestoßen, so daß die Hirsch-Kupferwerke aus ihrem Besitz nur das Messingwerk in Reinickendorf übernehmen. Ihren Ausbehnungsdrang bekundet die Hirsch-Gesellschaft fernerhin durch eine weitreichende Beteiligung an Unternehmungen im bairischen Graphitbergbau, ihrem Einfluß unterstehen die Graphitwerke Propfmühl A.-G. in München und die Erste Bayerische Graphitbergbau-A.-G. In den letzten Tagen wurde eine abermalige Erweiterung der Hirsch-Kupferwerke bekannt, sie gründete unter Beteiligung ihr nahesteher Kreise unter der Firma Donau-Ziegelwerke A.-G. ein neues Unternehmen. Die schon in Friedenszeiten finanziell sehr stark fundierte, rentable und vorsichtig bilanzierende Hirsch-Gesellschaft hat nach Verteilung von je 8 Proz. für die Jahre 1912, 1913 und 1914 die Dividende für 1915 auf 18 und für 1916 auf 20 Proz. herausgesetzt.

An dem Fusionsprozeß sind neuerdings auch die Maschinenfabriken wieder stark beteiligt. Die R. Wolf A.-G. in Magdeburg-Buckau übernimmt die Ascherslebener Maschinenfabrik. Die Deutsche Maschinenfabrik A.-G. übernimmt die Rudolf Meher A.-G. für Bergbau in Mühlheim und erhöht ihr Aktienkapital um 3 Millionen Mark auf 15 Millionen

Mann der Realpolitik, der nüchtern und kühl die verschiedenen Faktoren abwog, immer entschlossen, die Kraft dort einzusetzen, wo der Erfolg ihm sicher schien, aber auch die Organisation vor Kraftvergeudung zu bewahren, wo kein Erfolg winkte. Nicht mit Unrecht nennt der Buchdrucker-„Korrespondent“ in seinem Nachruf für den verehrten Verbandsvorsitzenden den Namen Döblin ein Programm. Welche Erfolge die Buchdrucker gerade durch die Befolgung dieses Programms erzielt haben, das soll uns hier nicht beschäftigen. Aber der Hinweis sei gestattet, daß sie immer noch die straffste gewerkschaftliche Organisation in Deutschland haben, daß ihr Verband die durchgreifendste Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die weitgehendsten Unterstützungseinrichtungen, bei guter Fundierung, besitzt, und daß er sich in der breitesten Oeffentlichkeit des besten Ansehens erfreut.

Allein, Emil Döblin war mehr als Nur-Buchdrucker. Das ihm fälschlich angebildete Zünftlertum war in Wirklichkeit nie seine schwache Seite. Seit dem Anbruch der zweiten Periode des Zusammenwirkens der deutschen Gewerkschaften finden wir Döblin auf allen größeren Tagungen mit Entschiedenheit für die allgemeine Arbeitersolidarität wirkend. In Halberstadt 1892 trat er den Naumachern entgegen, die den verlorenen Buchdruckerstreik als ein Beweismittel gegen die Gewerkschaftsbewegung zu fruktifizieren suchten, und als in Berlin 1896 über Sein oder Nichtsein der Generalkommission entschieden werden sollte, war er es, der mit Schärfe gegen die Verneinung des Nutzens dieser Centralinstanz zu Felde zog: „Wir dürfen nicht von dem Standpunkt der einzelnen Gewerkschaften ausgehen und sagen: Die Generalkommission nütze uns nichts. Die Gewerkschaften hätten die Generalkommission besser unterstützen sollen.“ Das Klingt gewiß nicht nach Zünftlertum. Er war vielmehr ein überzeugter und entschiedener Vorkämpfer der Centralisation der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiterschaft, und gerade von diesem Standpunkte aus mußte er vor der lange Zeit aufstretenden Ueberschätzung der politischen Bewegung seine warnende Stimme erheben. Für ihn war die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse die Voraussetzung eines erfolgreichen Wirkens auch auf politischem Gebiete, und die Zeit hat ihm darin vollständig recht gegeben. Schon längst hat die Erfahrung die Arbeiterschaft gelehrt, daß ihr Aufstieg nicht einseitig im Parlament erkochten werden kann, sondern daß es der täglichen gewerkschaftlichen Arbeit und Kämpfe bedarf, soll es überhaupt vorwärts gehen.

Aber Döblin kannte nicht nur dieses Mittel des Aufstiegs, sondern er wußte auch die Wege zu weisen. Die systematische Umgestaltung des Arbeitsrechts durch die Gewerkschaft war das Ziel, für das er die Organisation einsetzte. Der Buchdruckerstreik von 1896 war auf Arbeiterseite im wesentlichen sein Werk. Hier wurden die beim Buchdruckerstreik fünf Jahre zuvor zerrissenen Fäden wieder angeknüpft und in der Form der Tarifgemeinschaft entstand jenes Werk, das den individuellen Arbeitsvertrag in ein kollektivistisches Recht verwandelt und sich zum Vorbild für die übrigen Gewerbe sehr schnell entwickeln sollte. Noch ist die Gesetzgebung nicht gefolgt, noch immer gilt gesetzlich das einer überholten Periode angehörende individuelle Arbeitsrecht, aber die sich daraus ergebenden Verwicklungen treten bereits so scharf hervor, daß eine Neugestaltung des Arbeitsrechts im Sinne des Kollektivismus nicht mehr lange

auf sich warten lassen kann. Wiederholt mußte die Rechtsprechung, fast könnte man sagen ohne gesetzliche Unterlage, in diesem Sinne entscheiden, weil eben die Tatsachen des Kollektivismus im Arbeitsrecht stärker waren als die alten verschimmelten Paragraphen der Gesetzestexte. Und in den Kriegsjahren können wir mit Befriedigung eine Beschleunigung dieser Entwicklung feststellen. Döblins persönliche Verdienste um diese Entwicklung des deutschen Arbeiterrechts können nicht hoch genug gewürdigt werden. Er war nicht ihr „Theoretiker“, die graue Theorie war ihm verhaßt, sondern ihr Praktiker, der ihr den Weg wies und mit seltener Tatkraft ihre Richtung bestimmte. Selbst wenn die Formen, in denen sich das Neue durchsetzen sollte, in anderen Gewerben nicht slavisch nachgeahmt wurden, so ändert das nichts an den Tatsachen selbst. Jede Industrie, jedes Gewerbe hat seine eigenen Voraussetzungen und Möglichkeiten, aber das eine große Prinzip der kollektivistischen Regelung auf möglichst breiter Grundlage, vom Firmen- zum Orts-, Bezirks- und Reichstarif, setzt sich überall durch.

Seit dem 1. Januar 1903 war Döblin Mitglied unserer Generalkommission. Die Arbeit, die er in der Generalkommission im nie versiegenden Pflichtbewußtsein geleistet hat, werden wir ihm immer danken. Nie hat er hier einseitige Berufsinteressen verfochten, getreu seinem auf dem Berliner Kongreß aufgestellten, oben wiedergegebenen Grundsatz hatte er stets die Interessen der Gesamtbewegung im Auge. Es haben in diesen langen Jahren viele und für die deutschen Gewerkschaften schwerwiegende Fragen der Generalkommission zur Entscheidung vorgelegen, die Meinungen gingen oft erheblich auseinander und Döblin betätigte sich in solchen Fällen durchaus aktiv. Aber auch wo die Kommission glaubte, ihm nicht folgen zu können, fand sein Urteil immer die größte Beachtung, weil es klar war und im Boden der Tatsachen wurzelte.

Sein Andenken werden die deutschen Gewerkschaften in hohen Ehren halten.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Zum Ableben Emil Döblins schreibt der Buchdrucker-„Korrespondent“ u. a.:

„Die Leitung unserer in aller Welt aufsehenerregenden Neunstundenbewegung, deren Abbruch — nachdem der erhoffte Erfolg ausichtslos geworden — und die der Sammlung und Stärkung der Organisation wie der Erneuerung und Ausgestaltung der Tarifgemeinschaft gewidmeten folgenden Jahre zeigen Döblins Führereigenschaften im hellsten Lichte. Neben dem unerschütterlichen Glauben an die hinreichende Kraft des im Verbands verkörperten Prinzips der gegenseitigen Hilfe, neben dem mutigen Hoffen auf die Zukunft, die Döblin auch in den schwersten Stunden nicht verzagen ließ, ist es gerade der Gedanke eines friedlichen Ausgleichs zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeberern gewesen, dem sein Lebenswerk gewidmet war. Am Wiederaufbau des Verbandes nach dem Neunstundenkampfe 1891/92, an der Wiedergewinnung der Versprengten und der Werbung neuer Streiter, an der Festigung und Vervollkommnung der Tarifgemeinschaft 1896 und ihrer Festigung und Vervollkommnung hat der Heimgegangene unermüdet und mit sichtbarstem Erfolg gearbeitet. Wenn heute die Idee der Tarifgemeinschaft Befürworter in allen Kreisen zählt, wenn namentlich die Gewerkschaften Deutschlands sich fast einhellig auf diesen Boden stellen, wenn selbst die gesetzliche Anerkennung der Tarifverträge in nicht zu ferner Zeit zu erwarten ist, dann muß unter den

herborragendsten Vorkämpfern hier Döblin genannt werden, der länger als zwei Jahrzehnte dafür warb."

Einen zweiten herben Verlust erlitt der Buchdruckerverband gleichzeitig durch den Tod seines Hamburger Gauvorstehers, Wilhelm Dreier, dessen verdienstvolles Wirken für die Interessen seiner Berufskollegen ihm ein dauerndes Andenken sichert.

Der Gemeindegewerkschaftenverband hatte am Schlusse des letzten Berichtsjahres 32 925 Mitglieder gegen 25 586 am 31. Dezember 1916.

Der Vorstand des Steinarbeiterverbandes hat dem bayerischen Staatsministerium eine Eingabe betreffend die bayerische Granitindustrie und den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn unterbreitet, die sich gegen die von der Donaumonarchie erhobenen hohen Einfuhrzölle auf Steinwaren richtet. Gefordert wird, daß Sachverständige gehört und Arbeiter aus der Granitindustrie hinzugezogen werden, sobald die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn im Anzuge sind.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat die Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. wöchentlich beschlossen.

Kongresse.

Eine Konferenz der Vertreter der Centralvorstände

fand am 1. Februar in Berlin statt. Die Konferenz nahm den Bericht der Generalkommission über ihre Stellung zu den Streiks entgegen und bekundete mit allen gegen zwei Stimmen ihr Einverständnis mit der von der Generalkommission beobachteten Neutralität in diesen politischen, nicht gewerkschaftlichen Beweggründen entpringenden Arbeitseinstellungen. Nach eingehender Debatte nahm die Konferenz mit allen gegen vier Stimmen eine Resolution an, in der sie ihre Auffassung von den Ursachen der Streiks präziserte. Wir sind aber zurzeit außerstande, unseren Lesern den Wortlaut dieser Resolution mitzuteilen.

Arbeiterversicherung.

Der seemannische Beirat der See-Berufsgenossenschaft.

Der Vorstand der See-Berufsgenossenschaft hat in seiner am 24. Oktober 1917 in Hamburg stattgefundenen Sitzung nach Anhörung und unter Mitwirkung der für ihn maßgebenden Behörden und Körperschaften den einstimmigen Beschluß gefaßt, für die See-Berufsgenossenschaft die Stellung eines seemannischen Beirats zu schaffen. Dieser seemannische Beirat soll dem Genossenschaftsvorstande und, soweit erforderlich, auch den übrigen Organen der See-Berufsgenossenschaft auf dem Gebiete der Unfallversicherung, der Ueberwachung der Sicherheitsgeschäfte und alle übrigen in diese Gebiete schlagenden Fragen, also in allen Angelegenheiten, die den Schutz für Leben und Gesundheit der Schiffsmannschaften betreffen, mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Mit diesen knappen, aber inhaltreichen Worten ist der Rahmen gezeichnet, in dem dieser seemannische Beirat der See-Berufsgenossenschaft, als dem alleinigen Träger der seemannischen Unfallversicherung in Deutschland, im wohlverstandenen Interesse aller deutschen Schiffsfahrtsinteressenten, und nicht zuletzt im vornehmsten Interesse der seemannischen Ange-

stellten und Arbeiter, fortan seine von allen Teilen erhoffte und erwartete segensreiche Tätigkeit entfalten soll und entfalten wird.

Es handelt sich bei dieser neugeschaffenen Einrichtung der See-Berufsgenossenschaft um einen personellen Beirat, der, zwar außerhalb des Genossenschaftsvorstandes stehend, doch in selbständiger und innigster Fühlung und Verbindung mit dem Genossenschaftsvorstande in dem oben vorgezeichneten Tätigkeitsrahmen, sich stützend auf die für die seemannische Unfallversicherung geltenden Gesetze und Verordnungen aller Art, seines Amtes walten soll.

Der oben festgestellte Beschluß des Genossenschaftsvorstandes ist bereits am 1. Januar d. J. in Kraft getreten, und ich selbst bin durch einstimmigen Beschluß des Genossenschaftsvorstandes vom 24. Oktober v. J. in dieses neue Amt eines seemannischen Beirats berufen worden und habe dieses Amt am 1. Januar angetreten.

Es handelt sich bei dieser neugeschaffenen Stelle der See-Berufsgenossenschaft um eine für die Berufsgenossenschaften in Deutschland neue Einrichtung, die aus der eigenen Initiative und freien Entschliebung heraus, d. h. ohne jede gesetzliche Pflicht und ohne jeden rechtlichen Zwang, von dem Vorstande der See-Berufsgenossenschaft geschaffen worden ist. Beispiellos steht bisher auch die Tatsache da, daß ein solches Amt einem freigewerkschaftlichen Führer anvertraut worden ist.

In der Presse hat man diese Tatsache als Zeichen der Zeit, als einen burgfriedlichen Akt, als Folge der einsetzenden Neuorientierung, als eine Bestätigung des sozial-fortgeschrittenen Geistes, der heute weite deutsche Volksschichten beherrscht, angesprochen. Selbe und „unabhängige“ Querulanten haben sich aus „realpolitischen“ Erwägungen heraus berufen gefühlt, dieses neue Amt, und namentlich mich als den ersten Träger dieses neuen Amtes, gleich von vornherein in einen Unratskübel zu tauchen, um so den deutschen Rhetoren und Seeleuten jede Freude und Genugung an dieser ohne Zweifel segensreiche Folgen versprechenden sozialen Einrichtung zu verderben und zu vereiteln.

Darauf einzugehen lohnt nicht. Aber ich komme gerne dem Wunsche der Redaktion des „Correspondenzblattes“ nach, den deutschen Gewerkschaftsgeoffenen Wesen und Zweck dieser neuen sozialen Einrichtung einer unserer bedeutendsten deutschen Genossenschaften zu schildern.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung besitzen die Versicherten keinerlei unmittelbaren Einfluß auf den Versicherungsträger, also die Berufsgenossenschaft. Die Arbeiter sind von jeder Mitverwaltung in den Berufsgenossenschaften ausgeschlossen, können folgedessen die Ausführung der Unfallverhütungsvorschriften und aller sonstigen zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeiter erlassenen Verordnungen nur indirekt und in sehr geringem Maße beeinflussen. Die genossenschaftlichen Organe nehmen folgedessen nur sehr selten und auf indirektem Wege mit den Arbeitern bzw. Versicherten Fühlung. Ein Mangel in der Organisation unserer Unfallversicherung, den die Versicherten oft genug im praktischen Leben übel empfinden. Es ist deshalb eine alte Forderung der organisierten Arbeiterschaft, in irgendeiner Form durch geeignete Vertreter der Versicherten, die aus dem Berufe selbst hervorgegangen sein müssen, an der Durchführung der zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeiter im Betriebe erlassenen Vorschriften und Verordnungen beteiligt zu sein. Und nicht nur an der Durchführung, sondern